

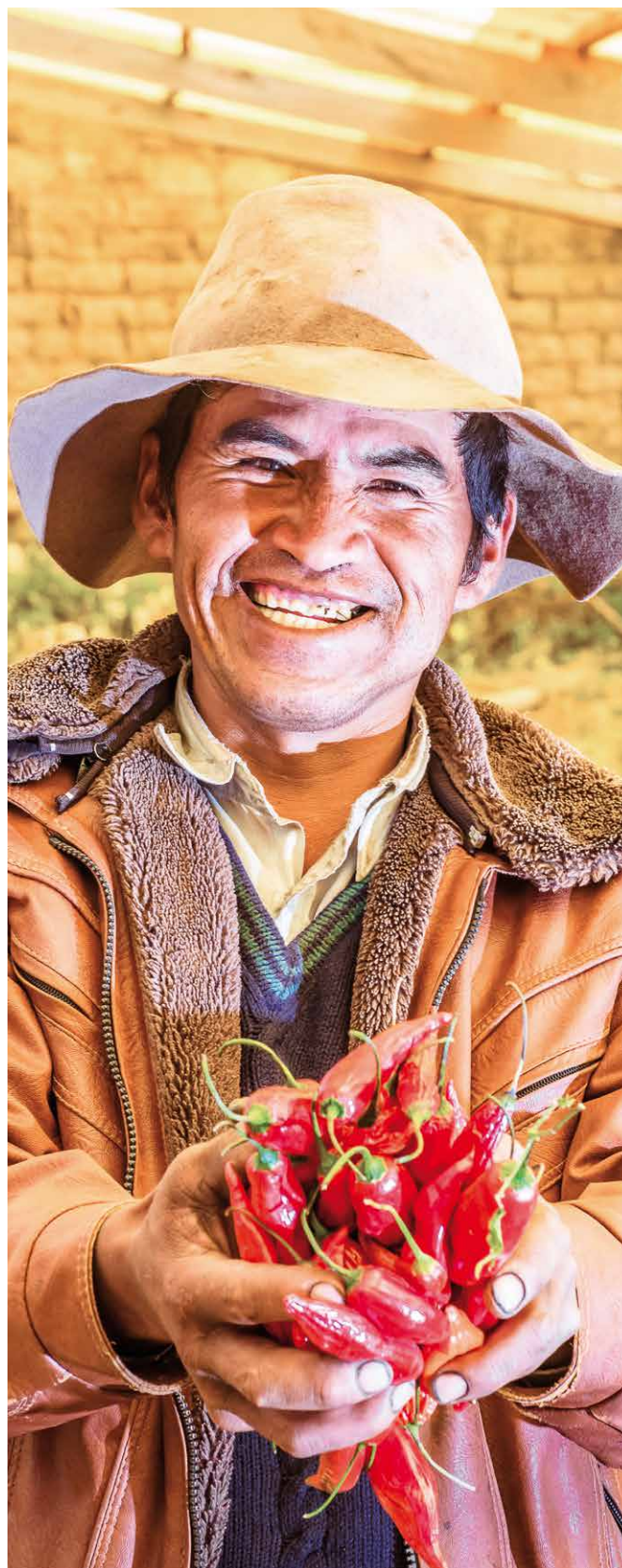
Kooperationsstrategie Bolivien 2018-2021



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

**Direktion für Entwicklung
und Zusammenarbeit DEZA**

Editorial	3
Zusammenfassung	5
1. Hintergrund und Kontext	8
Zunehmende Polarisierung	8
Rohstoffe dominieren die Wirtschaft	9
Weitere soziale Fortschritte erzielen – eine Herausforderung	10
Klimawandel und Umweltschäden	12
2. Ziele der Schweizer Aussenpolitik und Strategien anderer Geber	13
3. Resultate der schweizerischen Zusammenarbeit mit Bolivien 2013-2017	15
Themenbereich Dezentralisierung und Menschenrechte	16
Themenbereich Beschäftigung und Einkommen	16
Themenbereich Klimawandel	16
4. Konsequenzen für die neue Strategie	17
5. Die Strategie 2018-2021: Ziele, Schwerpunkte und Wirkungshypothesen	19
Themenbereich Gouvernanz	19
Themenbereich Wirtschaftliche Entwicklung	20
Themenbereich Klimawandel und Umwelt	20
6. Programm-Umsetzung	21
7. Strategische Steuerung	22
8. Anhang	23
1. Synopsis der Kooperationsstrategie Bolivien 2018-2021	23
2. Finanzplanung 2018-2021	24
3. Ziele und Resultate in den drei Themenbereichen	25
4. Monitoringsystem	35
5. Karten	36
6. Abkürzungen	39



Impressum

Titel

Kooperationsstrategie Bolivien 2018-2021

Herausgeber

Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)
Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Fotos

Fotoarchiv der DEZA und der Projekte in Bolivien
Canedo Miguel Inti
de Lucca Enzo
Hanna Denisse
Panozo Mauricio

Erhältlich bei

Schweizer Botschaft
Kooperationsbüro DEZA
La Paz, Bolivien
Telefon: +591 2 2751001
E-Mail: lapaz@eda.admin.ch

www.eda.admin.ch/lapaz

 [Embajada de Suiza en Bolivia](#)

 [Cooperación Suiza en Bolivia](#)



DEZA
Abteilung Lateinamerika und Karibik
Bern, Schweiz
Telefon: +41 31 322 34 41
E-Mail: sekretariat.abteilung.lateinamerika@eda.admin.ch

Layout und Druck in Bolivien

Juni 2018

Editorial

Seit 50 Jahren unterstützt die Schweiz arme Menschen in Bolivien. Positive Wirtschaftsfaktoren, bedeutende Rohstoffreserven – allen voran Erdgas – und entwicklungspolitische Entscheidungen inklusive weitreichende Sozialreformen haben in der letzten Dekade zu einer signifikanten Reduktion der Armut beigetragen. Dazu hat die Schweiz mit ihrem Programm auch einen Beitrag geleistet. Dies mit langjährigem Engagement zur Unterstützung von Gemeinden und im Bereich Wassermanagement. Darüber hinaus wurden beständig der Dialog und die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Akteuren und denjenigen der Zivilgesellschaft sowie die wirtschaftliche Entwicklung gefördert. Noch immer sind aber 40% der Bevölkerung extrem oder moderat arm. Es sind vor allem Frauen und Indigene, die in Wirtschaft und Gesellschaft benachteiligt sind.

Die Schweiz will mit ihrer Zusammenarbeit einen konkreten

Beitrag an die laufenden Reformprozesse in Bolivien leisten. Dabei konzentriert sie ihre Arbeit auf drei Themenbereiche, welche für die nachhaltige Verbesserung der Lebensbedingungen und die Bekämpfung der Armut zentral sind. Sie wurden mit der bolivianischen Regierung und lokalen Partnern diskutiert.

In den kommenden Jahren unterstützt die Schweiz deshalb weiterhin vor allem Massnahmen zur Förderung der Gouvernanz, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Anpassung an den Klimawandel sowie zum Schutz der Umwelt. Ein besonderes Augenmerk gilt dabei benachteiligten und besonders verletzlichen Gruppen, allen voran jungen Menschen und Frauen. Die langjährige Erfahrung der Schweiz in der Entwicklungszusammenarbeit mit Bolivien bildet dabei eine solide Grundlage für die sachgerechte Planung und Durchführung des Programms.



A handwritten signature in black ink, reading 'M. Sager'.

Manuel Sager
Direktor DEZA

Zusammenfassung

Ein tiefgreifender **Reformprozess** prägt die Entwicklung Boliviens seit dem Amtsantritt der demokratisch gewählten sozialistischen Regierung unter Evo Morales zu Beginn des Jahres 2006. Der erste Präsident mit indigenen Wurzeln setzt innenpolitisch den Fokus auf Interkulturalität und plurale Demokratie. Die Entwicklungspolitik ist festgeschrieben im **Plan de Desarrollo Económico y Social 2016-2020** und der **Agenda Patriótica 2025**. Sie setzt auf massive staatliche Investitionen und verfolgt generell einen Ansatz, der die Überwindung der Armut anstrebt. In der letzten Dekade wurden **Armut** und **Ungleichheit** stark reduziert. Nach wie vor leben aber 18% der BolivianerInnen in extremer Armut und 22% in moderater Armut (Total 40%). Bolivien ist das viertärmste Land in Lateinamerika und der Karibik.

Nach bedeutenden Verbesserungen in den ersten Jahren der Regierung unter Präsident Evo Morales stagnieren ab 2013 gewisse Sozialindikatoren. Im internationalen Vergleich verbleiben diese zu einem guten Teil auf hohem Niveau. Dies betrifft insbesondere den gesunkenen Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung, aber auch die rückläufige Ungleichheit und die abnehmenden Bildungs- und Gesundheitsdefizite. Weitere Fortschritte im Sozialbereich könnten durch die Erhöhung der Qualität

der Staatsausgaben sowie wirksamere staatliche Institutionen und Sozialpolitiken erzielt werden. Ins Gewicht fällt dabei die Vernachlässigung des nicht rohstofforientierten Privatsektors in Bezug auf Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Wahlen 2019: Die Anhängerschaft von Evo Morales strebt eine vom Verfassungsgericht bewilligte Wiederwahl des Präsidenten Ende 2019 an, obschon 51% der bolivianischen WählerInnen anlässlich eines Referendums im Jahr 2016 die Möglichkeit einer weiteren Wiederwahl ablehnten. Gewisse Bevölkerungskreise sehen Probleme bei der Einhaltung demokratischer Prinzipien und in Bezug auf echten Dialog zwischen den Akteuren. Der Rechtsstaat ist trotz Reformen im Justizsystem nach wie vor relativ schwach ausgebildet, der Zentralismus eine schwer zu überwindende historische Hypothek. Häufigkeit und Intensität sozialer Konflikte sind in den letzten Jahren in etwa gleichgeblieben. Aller Voraussicht nach werden sich im Vorfeld der Wahlen von 2019 Strassenproteste und Streikbewegungen verstärken.

Die **makroökonomische** Stabilität Boliviens ist wahlbedingt bis 2019 kaum gefährdet. Im Regionalvergleich sind die Wachstumsraten solide. Die Herausforderungen in der Wirtschaft liegen in einer stark überbewerteten



Monteagudo, Chuquisaca

Währung, Unterbeschäftigung, tiefer Produktivität, mangelnder Diversifizierung, ungenügender internationaler Wettbewerbsfähigkeit, hoher Informalität sowie einer signifikanten Schattenwirtschaft (Schmuggel, illegaler Kokaanbau sowie Drogen- und Menschenhandel).

Seit dem Ende des Rohstoffbooms 2014 sind die Einnahmen des Landes um 25% zurückgegangen. Die stark angestiegenen Aussen- und Fiskaldefizite werden bislang noch durch Devisenreserven, Auslandskredite sowie über den internationalen Kapitalmarkt gedeckt. Grössere neue Wirtschaftsreformen dürften bis zu den Wahlen kaum umgesetzt werden. Mittelfristig wird der wirtschaftliche Druck auf das Land zunehmen, den Privatsektor zu fördern, die Wirtschaft zu diversifizieren und entsprechende Reformen voranzutreiben.

Die negativen Effekte des **Klimawandels** sind in Bolivien bereits heute spürbar. Trockenheit und Überschwemmungen sind eine schwere Belastung. Eine starke Entwaldung und die forcierte Ausweitung der Landnutzung – vor allem auch in Tieflagen – verschärfen die Situation. Dies ist eine der Ursachen für die interne Migration in städtische Gebiete. Die Urbanisierung in Bolivien schreitet unentwegt voran und damit steigen auch **Umweltprobleme** vor allem im Bereich Wasser und Abfall.

Bolivien ist Schwerpunktland der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, DEZA, und Land für Komplementärmassnahmen des Staatssekretariats für Wirtschaft, SECO. Das Engagement der Schweiz erlaubt, wichtige **Werte der schweizerischen Aussenpolitik** zu konkretisieren. Dazu gehören, Not und Armut zu lindern, die Menschenrechte zu achten, Demokratie und Rechtsstaat zu fördern, für ein friedliches Zusammenleben einzustehen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten.

Der Beitrag der Schweiz hat gerade deshalb grosse Glaubwürdigkeit, weil unser Land seit bald einem halben Jahrhundert in Bolivien solidarisch präsent ist, in der Zusammenarbeit nachhaltige Resultate vorweisen kann und als neutrales Land keine geostrategischen Interessen verfolgt. Überdies stellen die demokratische Tradition und die lange Erfahrung der Schweiz mit föderaler Staatsstruktur und dem Zusammenleben einer vielsprachigen Bevölkerung wertvolle Beiträge zum Wandel in Bolivien dar.

Die vorliegende Kooperationsstrategie der Schweiz für Bolivien für 2018-2021 will - wie schon in den vergangenen Jahren - primär die Opportunitäten nutzen, die sich aus der Übereinstimmung der Ziele Boliviens und der Schweiz in der Armutsbekämpfung ergeben. Die Unterstützungsmassnahmen der Schweiz sollen mithelfen, die

nachhaltige Entwicklung Boliviens zu fördern, Armut und Ungleichheit zu reduzieren sowie die Resilienz der Bevölkerung und Institutionen zu erhöhen. Das finanzielle Engagement der Schweizer Zusammenarbeit mit Bolivien wird nach Kürzungen jährlich noch rund 21 Mio. CHF (21 Mio. USD) betragen.

Der Schweizer Beitrag konzentriert sich auf die drei **Themenbereiche Gouvernanz, wirtschaftliche Entwicklung sowie Klimawandel und Umwelt.** In allen drei Themenbereichen sollen Arme und vulnerable Gruppen - insbesondere junge Menschen und Frauen - mit Fokus auf Inklusion noch stärker ermächtigt werden. Im Programm werden **Gender und Gouvernanz** transversal weiter vertieft. Die Unterstützungsmassnahmen der Schweiz enthalten generell einen hohen **Software**-Anteil (Wissen, Erfahrung, Austausch und Netzwerke). Betont wird dabei die Rolle des Fazilitators. Die Rolle der Schweiz als **knowledge broker** soll geschärft und extern aktiv kommuniziert werden. Trilaterale Abkommen zwischen Bolivien, anderen lateinamerikanischen Ländern und der Schweiz sollen dabei die Zusammenarbeit ergänzend fördern.

- Im Vordergrund der **Gouvernanz**-Projekte stehen die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Gezielte Massnahmen gelten dem besseren Zugang zur Justiz für breite Bevölkerungskreise, dies vor allem in den ländlichen Gebieten. Ein weiterer Schwerpunkt der Rechtsstaatlichkeitsprogramme gilt Massnahmen, die geeignet sind, die sehr hohe Zahl der Gewalttaten gegenüber Frauen zu reduzieren. Die Rahmenbedingungen für eine sich frei entfaltende Zivilgesellschaft sind in den letzten Jahren zusehends schwieriger geworden. Hier bieten sich seitens der internationalen Gebergemeinschaft Möglichkeiten zur Förderung eines konstruktiven Dialogs und der Kompromisskultur zwischen Zivilgesellschaft und Regierung.
- Im Themenbereich **Wirtschaftliche Entwicklung** liegen die Schwerpunkte für die DEZA bei der Berufsbildung, während sich das SECO hauptsächlich um Fragen des nachhaltigen Handels kümmert. In der Berufsbildung für benachteiligte Gruppen kann die Schweiz ihre eigene Erfahrung und das in verschiedenen Ländern Lateinamerikas erworbene **know-how** einbringen. Spezifische Unterstützungsmassnahmen zielen darauf ab, AbsolventInnen von Berufsschulen, aber auch Produzentenfamilien und Mikro- und Kleinunternehmern einen verbesserten Zugang zu Finanz- und Nichtfinanzdienstleistungen sowie zu neuen Märkten zu eröffnen. Komplementär dazu – auch im Sinne der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 - soll

die Zusammenarbeit im Thema Berufsbildung zwischen in Bolivien ansässigen schweizerischen Unternehmen und der DEZA angegangen werden.

- Themenbereich **Klimawandel und Umwelt**: Es geht dabei um die Planung und Pflege von Systemen zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen. Im Klimawandel zielt der Schweizer Beitrag vor allem auf **Anpassungsmassnahmen**. Zentral dabei ist die Wasserbewirtschaftung und Landnutzung sowie die Reduktion des Katastrophenrisikos durch Prävention und Katastrophenvorbereitung. Das SECO unterstützt dabei Massnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung im Rahmen **urbaner Resilienz**. Die fortschreitende Urbanisierung beinhaltet auch Herausforderungen im Bereich Umwelt. Die DEZA engagiert sich dabei speziell in Bezug auf **Abwasser und Abfall**.

Gebiete, wo Armut stärker verbreitet ist, stehen bei der Programmdurchführung im Vordergrund. Dies bedeutet eine Konzentration in den Berggegenden des **Altiplano** und der **interandinen Täler**, nicht aber im Tiefland. Das Programm weist zudem eine hohe urbane Relevanz

auf. Der Fokus auf **kleinere und mittlere Städte** soll verstärkt werden. In der nachhaltigen Stadtentwicklung konzentriert sich das SECO auf mittlere und grössere Städte im ganzen Land.

Das Bolivien-Programm der Schweiz wird sich in Zukunft noch stärker auf die besonderen Herausforderungen der Zusammenarbeit mit einem **Land mittleren Einkommens** ausrichten müssen. Dies betrifft insbesondere die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030. Zu den thematischen Herausforderungen, die der Ländergruppe mit mittlerem Einkommen eigen sind und mit denen auch Bolivien konfrontiert ist, gehören Gouvernanz, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt, Ungleichheit und Gender. Zukünftig muss die institutionelle Qualität lokaler Akteure noch vermehrt gestärkt werden.

Zur Halbzeit der Phase, welche die Kooperationsstrategie 2018-2021 abdeckt, muss die **Frage** beantwortet werden, wie das bilaterale DEZA-Engagement mit Bolivien, einem Land mit mittlerem Einkommen, nach dieser Periode weiterentwickelt werden könnte.



Hügel im Wassereinzugsgebiet von Jatun Mayu, Cochabamba



Nationalfeiertag, Tiwanaku, La Paz

1. Hintergrund und Kontext

Drei grosse **Umwälzungen** prägen die Geschichte des Andenlandes der letzten Jahrzehnte:

- Die tiefgreifende **Revolution** von 1952 beendete die Vorherrschaft der Grossgrundbesitzer im Hochland und verstaatlichte die grossen Bergwerksunternehmen. Die nationalistisch ausgerichtete Reformbewegung brachte der marginalisierten, indigenen Bevölkerungsmehrheit erstmals elementare Bürgerrechte, Zugang zu Bodenbesitz und zur allgemeinen Bildung.
- Nach Jahren politischer Instabilität unter verschiedenen Militärregierungen kehrte das Land 1982 zur **demokratischen Ordnung** zurück. Grundlegende neoliberale Wirtschaftsreformen leiteten 1985 einen Prozess der Privatisierung und Öffnung der Märkte ein, der während 20 Jahren Bestand hatte.
- Eine neue **Zäsur** erfolgte Ende 2005 mit der Wahl von Evo Morales, dem ersten Präsidenten mit indigenen Wurzeln. Dieser wurde 2009 ein erstes Mal wiedergewählt. 2014 wurde er aufgrund einer neuen Verfassung mit 61 % der Stimmen für eine dritte Amtsperiode bestätigt. Unter seiner Präsidentschaft sucht das Land einen neuen Weg, um die politische, wirtschaftliche und

kulturelle Beteiligung der indigenen Bevölkerung im Staat und das Los der Armen dezidiert zu verbessern.

Zunehmende Polarisierung

Die demokratisch gewählte sozialistische Regierung unter Evo Morales setzt innenpolitisch den Fokus auf **Interkulturalität und plurale Demokratie** und lässt, mindestens mittelfristig, stabile politische Verhältnisse erwarten. Die Anhängerschaft von Evo Morales strebt eine vom Verfassungsgericht bewilligte Wiederwahl des Präsidenten Ende 2019 an, obschon 51% der bolivianischen WählerInnen anlässlich eines Referendums im Jahr 2016 die Möglichkeit weiterer Wiederwahlen ablehnten. Gewisse Bevölkerungskreise sehen Probleme in Bezug auf die Gewaltenteilung, die Nachfolgeregelung sowie die Meinungs- und Pressefreiheit. Es besteht generell ein gesellschaftliches Potenzial für einen echten Dialog zwischen den Akteuren und die Suche nach gesellschaftstragenden Kompromissen. Der Rechtsstaat ist trotz Reformen im Justizsystem nach wie vor relativ schwach ausgebildet, der Zentralismus eine schwer zu überwindende historische

Hypothek. Häufigkeit und Intensität sozialer Konflikte sind in den letzten Jahren in etwa gleichgeblieben, haben 2017 aber leicht zugenommen. Aller Voraussicht nach werden sich im Vorfeld der Wahlen von 2019 Strassenproteste und Streikbewegungen verstärken.

Die Entwicklungspolitik, festgeschrieben im **Plan de Desarrollo Económico y Social 2016-2020** und der **Agenda Patriótica 2025**, dürfte bis zu den Wahlen keine grosse Änderung erfahren. Sie setzt auf hohe staatliche Investitionen und verfolgt generell einen Ansatz, der die Verbesserungen der Lebensbedingungen und die Überwindung der Armut ins Zentrum rückt. In der Entwicklungspolitik hervorzuheben ist das bestehende Gesetz über die Rechte der «Mutter Erde», welches ein ökologischeres Gleichgewicht in der Entwicklung Boliviens anstrebt.

Aussenpolitisch nimmt Bolivien in den letzten Jahren eine aktivere Rolle ein, insbesondere in Themen wie Menschenrechte, Sicherheit und Klimawandel. Mit den Nachbarländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Peru wird ein konstruktiver Umgang im Rahmen der regionalen Wirtschaftsintegration gepflegt. Das Verhältnis zu Chile ist getrübt, weil territoriale Streitigkeiten über einen Meereszugang und Wasserrechte nach wie vor ungelöst sind. Aktiv fördert die Regierung das **Projekt Bioceánico**, das eine Eisenbahnverbindung zwischen Atlantik und Pazifik, von Brasilien über Bolivien nach Peru, anvisiert. Bolivien ist Mitglied einer Reihe von regionalen Organisationen, wie ALBA (Bolivarianische Allianz), CAN (Andengemeinschaft) und UNASUR (Union Südamerikanischer Nationen), sowie Mercosur-Beitrittskandidat (Gemeinsamer Markt Südamerikas).

Rohstoffe dominieren die Wirtschaft

Dank hohen Rohstoffpreisen und verantwortungsvoller **Wirtschaftspolitik** wuchs das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Boliviens zwischen 2006 und 2017 jährlich um knapp 5% (knapp 3% pro Kopf). Das Land gehörte damit zu den Spitzenreitern der Region. Das vorteilhafte wirtschaftliche Umfeld, wirtschafts- und entwicklungspolitische Entscheidungen sowie generöse **Sozialprogramme** begünstigten den Rückgang der extremen und moderaten Armut innerhalb einer Dekade von 60% (2006) auf 40% (2016). In der gleichen Zeitspanne fiel die Einkommensungleichheit (Gini-Koeffizient) von 0,60 (2005) auf 0,47 (2016).

Als Folge der eingetrübten internationalen Konjunktur und der rückläufigen Rohstoffpreise auf den Weltmärkten, fiel das Wachstum des BIP von hohen knapp 7%

(2013) auf 4% (2017). Dennoch ist die **makroökonomische Stabilität** Boliviens mit einem soliden, wenn auch leicht gedämpften Wachstum bis zu den Wahlen 2019 kaum gefährdet. Die Jahresteuern liegen in den letzten Jahren im Mittel bei 4%. **Herausforderungen** in der Wirtschaft liegen in einer stark überbewerteten Währung, Unterbeschäftigung, tiefer Produktivität, mangelnder Diversifizierung, ungenügender internationaler Wettbewerbsfähigkeit, hoher Informalität sowie einer signifikanten Schattenwirtschaft (Schmuggel, illegaler Kokaanbau sowie Drogen- und Menschenhandel). Die Auswirkungen der Schattenwirtschaft auf Staat und Gesellschaft sind mannigfaltig: rechtsstaatliche Risiken sind verbunden mit fehlenden staatlichen Regulierungen und Mindereinnahmen an Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen.



Demonstration von Bürgerinnen und Bürgern

Tabelle 1: Wirtschaftsindikatoren¹

(gerundete Zahlen)	Einheit	2012	2017	2017
				Durchschnitt Lateinamerika und Karibik
Bevölkerung	Mio.	10.2	11.1	20.5
Bevölkerungswachstum	% p.a.	2.0	1.8	1.0
BIP	Mrd. USD	27.1	36.2	171
BIP pro Kopf	USD	2'700	3'300	8'300
Bruttoinvestitionsquote	% BIP	18	20	19
Reales BIP-Wachstum	% p.a.	5.1	4.1	-0.9
Inflation	%, Jahresende	4.5	2.7	4.6
Staatsausgaben	% BIP	36	39	21
Fiskalbilanz	% BIP	2	-7	-3
Interne und externe Staatsverschuldung	% BIP	58	79	38
Güter und Dienstleistungsexporte	% BIP	41	23	21
Handelsbilanz	% BIP	12	-2	43
Bilanz der laufenden Transaktionen	% BIP	7	-7	-2
Devisenreserven	Deckung Güterimport (Monate)	21	14	11
Wechselkurs	BOB/USD, Jahresende	6.91	6.91	

Seit dem Ende des Rohstoffbooms 2014 sind die Exporteinnahmen des Landes um 25% zurückgegangen. Die stark angestiegenen Aussen- und Fiskaldefizite werden zurzeit noch und nur bedingt nachhaltig durch Devisenreserven, Auslandskredite (unter anderem aus China und von multilateralen Finanzinstituten wie die Andine Entwicklungsgesellschaft, CAF, und die Interamerikanische Entwicklungsbank, IDB) sowie über den internationalen Kapitalmarkt finanziert. Während der Boom-Jahre konnte das Land seine Währungsreserven kräftig aufstocken. Diese deckten Ende 2014 Güterimporte von komfortablen 18 Monaten, schrumpften aber seither auf immer noch hohe 14 Monate. Grössere neue Wirtschaftsreformen dürften bis zu den Wahlen 2019 kaum umgesetzt werden. Dies hängt auch damit zusammen, dass Bolivien eine klassische, auf Rohstoffextraktion ausgerichtete Wirtschaftspolitik verfolgt, die zu Lasten des nicht rohstofforientierten Privatsektors geht. Die starke Konzentration auf die Ausbeutung von Rohstoffen führt ihrerseits zu sich häufenden Sozial- und Umweltkonflikten, die unter anderem auch auf eine Änderung der Verteilung des bestehenden Volksvermögens fokussieren. Mittelfristig dürften die Weltmarktpreise für die wichtigsten in Bolivien abgebauten Rohstoffe nur moderat anziehen. Allgemein steigt der wirtschaftliche Druck, den

Privatsektor zu fördern, die Wirtschaft zu diversifizieren und entsprechende Reformen voranzutreiben.

Weitere soziale Fortschritte erzielen – eine Herausforderung

Nach bedeutenden Verbesserungen in den ersten Jahren der Regierung unter Präsident Evo Morales stagnieren ab 2013 gewisse **Sozialindikatoren**. Dazu gehören auch die multidimensionalen Aspekte der Armut. Im internationalen Vergleich verbleiben die Indikatoren zu einem guten Teil auf hohem Niveau. Dies betrifft insbesondere den gesunkenen Anteil der Armen an der Gesamtbevölkerung, aber auch die rückläufige Ungleichheit und die abnehmenden Bildungs- und Gesundheitsdefizite. Weitere Fortschritte im Sozialbereich könnten durch die Erhöhung der Qualität der Staatsausgaben sowie wirksamere staatliche Institutionen und Sozialpolitiken erzielt werden. Ins Gewicht fällt dabei die Vernachlässigung des nicht rohstofforientierten Privatsektors in Bezug auf Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Bolivien ist das **viertärmste Land** Lateinamerikas und der Karibik. 18% der BolivianerInnen lebten 2016 in extremer, absoluter Armut (unter 1,90 USD PPP² pro Tag und Kopf). Der Anteil der in moderater Armut lebenden

1 Quellen: Internationaler Währungsfonds (IMF), Weltbank, *Economist Intelligence Unit* (EIU) und Wirtschaftskommission für Lateinamerika und Karibik (CEPAL).

2 Kaufkraftparität.



Schule in Viloma, Cochabamba

Menschen (1,90 bis 3,8 USD PPP)³ betrug 22%, wobei Frauen überproportional betroffen sind. Die städtische Armut (32%) ist im Gegensatz zur ländlichen (57%) weniger stark ausgeprägt. Es bestehen Landflucht, eine rapide und unorganisierte Urbanisierung und ein Bevölkerungswachstum von 1,7%. Eine Regionalpolitik besteht nur in Ansätzen und ist teilweise politisch

motiviert. Die eher stark wachsenden, im tropischen Tiefland liegenden Departemente Santa Cruz und Pando, wo die Landwirtschaftszonen ausgeweitet werden, erhöhen die Differenz zum eher langsam wachsenden, teilweise im Hochland liegenden Departement La Paz (Regierungssitz). Dementsprechend entwickelt sich die interne Migration.

Tabelle 2: Armut, Ungleichheit und Entwicklung⁴

(gerundete Zahlen, * = Zahlen von 2015)	Einheit	2012	2016	2016
				Durchschnitt Lateinamerika und Karibik
Extreme Armut	%	22	18	10
Extreme Armut auf dem Land	%	41	37	
Extreme Armut in Städten	%	12	10	
Extreme und moderate Armut	%	43	40	31
Extreme und moderate Armut auf dem Land	%	61	57	
Extreme und moderate Armut in Städten	%	35	32	
Ungleichheit bei Einkommen	Gini-Koeffizient	0.47	0.47	0.47
Ungleichheit bei Einkommen auf dem Land	Gini-Koeffizient	0.55	0.52*	
Ungleichheit bei Einkommen in Städten	Gini-Koeffizient	0.42	0.42*	
Index für menschliche Entwicklung	Index	0.66	0.67*	0.75

3 Die Definition der moderaten Armut (1,9 – 3,8 USD PPP) entspricht derjenigen, die in Ländern in der unteren mittleren Einkommensgruppe wie Bolivien Anwendung findet.

4 Quellen: Nationales Statistikinstitut, Wirtschaftskommission für Lateinamerika und Karibik (CEPAL).

Auf dem Weg zu den **Milleniums-Entwicklungszielen** hat Bolivien in der Vergangenheit im regionalen Vergleich Fortschritte erzielt. 2015 konnte ein Drittel der Ziele noch nicht ganz erreicht werden; dies dürfte 2020 der Fall sein. Bolivien hat sich international auch verpflichtet, die **Ziele für nachhaltige Entwicklung** der Agenda 2030 umzusetzen. Im Ländervergleich der bekanntesten **internationalen Indizes**⁵ lag das Land 2017 grossmehrheitlich im 3. Quartil, wirtschaftlich im schlechten 4. Quartil. Gegenüber 2012 hat sich vor allem die Konkurrenzfähigkeit des Landes verschlechtert.

Klimawandel und Umweltschäden

Der **Klimawandel** trifft Bolivien mehr als viele andere Länder Lateinamerikas. Als Folge des Klimawandels steigen die Durchschnittstemperaturen, ziehen sich die tropischen Gletscher rasch zurück und fallen Niederschläge kräftiger und immer unvorhersehbarer aus⁶. Die Situation wird verschärft durch nicht nachhaltige Systeme der Landwirtschaft inklusive starke Entwaldung

und der forcierten Ausweitung der Landnutzung vor allem auch in Tieflagen. Konsequenzen sind Trockenheit, Überschwemmungen und verbreitete Erosionsschäden sowie der Verlust fruchtbarer Böden. Dies wiederum reduziert die landwirtschaftlichen Erträge und bedroht die Existenz von Bäuerinnen und Bauern. Bisher unbekannte Seuchen und Krankheiten tauchen auf und bedrohen sowohl Nutzpflanzen als auch Viehbestände. Die Situation zwingt LandbewohnerInnen in die Stadt zu ziehen, wo sie sich häufig in Zonen mit hohem Risiko niederlassen, in denen die Versorgung mit Basisdienstleistungen begrenzt ist. Umweltschäden im Bereich Wasser, Land und Luft nehmen zu. In ländlichen und städtischen Gegenden besteht deshalb die Herausforderung, die Resilienz der armen Bevölkerung und der lokalen Institutionen zur Anpassung an den Klimawandel und an ökologische Herausforderungen zu stärken. Die Regierung versucht soziale, ökonomische und kulturelle Notwendigkeiten gegeneinander abzuwägen. Doch diese stehen nicht selten im Widerspruch, was zu sozialen Konflikten führt.



Arbeit in der Mine, Coroico, La Paz

⁵ Freedom House, Press Freedom, Judicial Independence, Rule of law, World Justice Project, Voice and Accountability, Corruption Perception, Global Innovation, Ease of Doing Business, Global Competitiveness, Human Development, Social Progress und Gender Inequality.

⁶ Siehe dazu auch die Publikation «Elemento de vida – El agua en el desarrollo, la cultura y la sociedad», nur auf Spanisch erhältlich, unter <https://bit.ly/2xk9Fvh>



Der Anbau ist unsere Hoffnung

2. Ziele der Schweizer Aussenpolitik und Strategien anderer Geber

Bolivien ist **Schwerpunktland** der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit, DEZA, und ein **Land für Komplementärmassnahmen** des Staatssekretariats für Wirtschaft, SECO. Das Engagement der Schweiz erlaubt, wichtige Werte der schweizerischen Aussenpolitik zu konkretisieren. Dazu gehören, Not und Armut zu lindern, die Menschenrechte zu achten, Demokratie und Rechtsstaat zu fördern, für ein friedliches Zusammenleben einzustehen und die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Gerade in Bolivien verfügt die Schweiz über die auch andernorts bekannten Vorteile in der Internationalen Zusammenarbeit (IZA). Besonders zu erwähnen ist die stark systemische Arbeitsweise, nicht zuletzt wegen der signifikanten Rolle des Staates. Auch sind in Bolivien gegenwärtig knapp dreissig **schweizerische Nicht-Regierungsorganisationen** (NGOs) tätig, teilweise mit ähnlicher thematischer Ausrichtung wie das Programm und die Projekte von DEZA

und SECO, davon neun mit einem Programmbeitrag der DEZA⁷. Swisscontact, HELVETAS Swiss Intercooperation und SOLIDAR SUISSE führen zusätzlich Mandate für die DEZA aus.

Noch vor zehn Jahren hat die **internationale Gebergemeinschaft** rund 7% des bolivianischen BIP finanziert. Vor allem als Folge des Rohstoffbooms reduzierte sich dieser Anteil auf 2%. Unter den Bilateralen wird die Schweiz in Zukunft ein mittlerer Geber mit Engagement im Politikdialog und der Koordination sein. Dabei ist die Schweiz zusammen mit Mitgliedern der Europäischen Union, EU, Teil der **Joint European Strategy 2017-2020**. Als Folge der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Boliviens, aber auch wegen ihrer jeweiligen nationalen strategischen Orientierungen, haben einige Geberländer ihre Entwicklungsprogramme entweder ganz eingestellt oder mit Blick auf die Einstufung und Entwicklung des

⁷ NGOs mit Programmbeiträgen (nach Beitragsgrösse): Swisscontact, SRK - Schweizerisches Rotes Kreuz, INTERTEAM, HELVETAS Swiss Intercooperation, SOLIDAR SUISSE, CARITAS Schweiz, Brücke – Le pont, terres des hommes schweiz und COMUNDO (SMB Immensee Missionsgesellschaft Bethlehem, E-CHANGER und Inter-agire).

Andenlandes als **Land mittleren Einkommens** reduziert und/oder umgestellt⁸. Bolivien dürfte allfällig gegen Ende der zwanziger Jahre von der unteren in die obere mittlere Einkommensgruppe wechseln.

Der relative Stellenwert der **schweizerischen IZA** nimmt als Folge des Rückzugs einzelner bilateraler Geber sowie der markanten Reduktion der Beiträge anderer zu. Für die Schweiz ergibt sich somit die Möglichkeit, vermehrt Sektorstrategien mittels Politikdialog zu unterstützen. Dies ist etwa bei der Berufsbildung oder im Management von Wassereinzugsgebieten der Fall.

Das Engagement der Schweiz hat gerade deshalb grosse Glaubwürdigkeit, weil unser Land seit bald einem halben Jahrhundert in Bolivien solidarisch präsent ist, nachhaltige Resultate vorweisen kann und als neutrales Land keine geostrategischen Interessen verfolgt. Die

demokratische Tradition und die lange Erfahrung der Schweiz mit föderaler Staatsstruktur und dem Zusammenleben einer vielsprachigen Bevölkerung stellen wertvolle Beiträge zum Wandel in Bolivien dar.

Die **Botschaft der Schweiz in La Paz** arbeitet zu 80% in der IZA und zu 20% in diplomatischen und konsularischen Aufgaben, wobei La Paz dem Konsularbezirk Lima zugeteilt ist. Die wirtschaftliche Verflechtung zwischen der Schweiz und Bolivien liegt auf vergleichsweise tiefem Niveau, da die Kaufkraft Boliviens trotz des vergangenen Rohstoffbooms reduziert bleibt und die Politik des Landes ausländischen Investoren beschränkte Anreize bietet. Investitionen und Interessen von Schweizer Firmen liegen vor allem im Nahrungsmittelsektor, im Maschinen- und Bergbau sowie im Bau-, Mikrofinanz- und Transportbereich.



Männer und Söhne schützen die «Mutter Erde»

⁸ Neben den multilateralen Institutionen - unter anderem Vereinte Nationen / UNO, Weltbank, IDB und CAF - und der EU sind vor allem folgende Länder in Bolivien tätig: Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Japan, Kanada, Korea, Schweden, Schweiz, Spanien und USA. Die aufgeführten Länder sind Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe, DAC, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD. Von Nicht-DAC-Ländern sind keine Zahlen verfügbar.



Berufsbildung (Näharbeit)

3. Resultate der schweizerischen Zusammenarbeit mit Bolivien 2013-2017⁹

Im Rahmen der Kooperationsstrategie 2013-2017 hat die **schweizerische IZA** in Bolivien 140 Mio. CHF (146 Mio. USD) eingesetzt, das heisst im Durchschnitt 28 Mio. CHF (29 Mio. USD) pro Jahr. Ziel aller Aktivitäten war es, in den drei unterstützten Themenbereichen Dezentralisierung und Menschenrechte, Beschäftigung und Einkommen sowie Klimawandel zu einem würdigeren, in die Zukunft abgesicherten Leben der BolivianerInnen beizutragen. Externe Projektevaluationen zeigen, dass die gewählten thematischen Prioritäten für die Entwicklung des Landes relevant sind. Damit leistete die Schweiz in den vergangenen fünf Jahren zusammen mit anderen bi- und multilateralen Gebern einen wichtigen Beitrag zur Reduktion der extremen und moderaten Armut, zur Stärkung der Rechte und Chancen benachteiligter Bevölkerungsgruppen sowie zur Milderung der Folgen des Klimawandels.

In allen Themenbereichen und Projekten wurde besonders der **Politikdialog** auf Ebene der Gemeinden,

der Departemente und der Zentralregierung gepflegt. Der intensive Austausch hat dazu beigetragen, Gesetze, Politiken, Pläne und Finanzen entwicklungsförderlicher zu gestalten beziehungsweise umzusetzen. Gleichzeitig wurde damit die Nachhaltigkeit der Resultate des schweizerischen Beitrags an die verschiedenen Entwicklungsmassnahmen gestärkt. Die systemische Unterstützung trug ausserdem vielerorts zur Stärkung der Institutionen und zur Förderung der Kapazitäten von Mitarbeitenden und Nutzniessenden bei.

Die **Zusammenarbeit der Geber untereinander und mit der Regierung** funktionierte auf hohem Niveau. Die Ausarbeitung der **Joint European Strategy 2017-2020** (EU und Schweiz) war ein positiver Prozess und förderte die Zusammenarbeit unter den Akteuren. Es gilt weiterhin, die Zusammenarbeit und den Austausch unter den Akteuren wirksam, aber auch effizient zu gestalten sowie Synergien auszuschöpfen. Hier besteht ein Potenzial.

⁹ Siehe dazu auch die Publikation «Memoria de la Estrategia de Cooperación para Bolivia 2013-2017», nur auf Spanisch erhältlich, unter <https://bit.ly/2sEfdMt>

Einige weitere Resultate der Zusammenarbeit auf Ebene der Nutzniessenden

Themenbereich Dezentralisierung und Menschenrechte

- Besondere Aufmerksamkeit wurde der Gesundheitsvorsorge, der Verbesserung der Schulbildung und der Sensibilisierung der Bevölkerung im Thema Gewalt an Frauen geschenkt. Von neuen und besseren Dienstleistungen profitierten 65'000 Frauen in einem Drittel der 339 Gemeinden Boliviens. Parallel dazu zeigten Projekte, die das weit verbreitete Problem der Gewalt gegen Frauen noch stärker angehen, erste Erfolge.
- Dank vereinfachtem Zugang zu Justizeinrichtungen haben über 70'000 Arme und vulnerable Personen ihre Rechtsprobleme durch Streitschlichtung lösen können.

Themenbereich Beschäftigung und Einkommen

- 75'000 arme und vulnerable Personen – davon 52% Frauen - konnten ihre Berufsbildung verbessern. 23'000 verfügten nach kurzer Zeit über mehr Einkommen und verbesserten die Qualität ihrer Arbeit.
- Die Produktivität konnte im Fall von 30'000 ländlichen Familienbetrieben gesteigert werden.

Themenbereich Klimawandel

- In einer Reihe von Wassereinzugsgebieten profitierten 76'000 Bauernfamilien von einem verbesserten Zugang zu Wasser für die Bewässerung ihrer Äcker, Felder und Hofgärten. Zwei dieser Gebiete wurden wegen der negativen Folgen des Bergbaus unterstützt.

- Dank Adaptationsmassnahmen und Vorkehrungen im Bereich Katastrophenmanagement konnten 47'000 Bauerfamilien ihr Einkommen real verbessern.
- Unterstützungsmassnahmen führten dazu, dass in 19 Gemeinden Abwasser und Abfall nachhaltig bewirtschaftet werden.

Wichtige Erfahrungen aus der Programmdurchführung

- Die tiefgreifenden Veränderungen im politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umfeld boten die Chance, in bestehenden und häufig neu geschaffenen Strukturen eng mit staatlichen Stellen zusammenzuarbeiten. Der Zugang zu den Behörden war generell unkompliziert. Es ergaben sich auch angeregte Diskussionen zum Beispiel über den besseren Einbezug des Privatsektors in einzelnen Themen der Entwicklungspolitik.
- Gegenüber den Hilfswerken sind die Anforderungen des Staates gestiegen. Die veränderte Situation wurde mit den staatlichen Stellen und vor allem den schweizerischen Hilfswerken, aber auch in der Gebergemeinschaft, thematisiert. Die Entwicklung dieser Beziehungen wird von der Schweiz entsprechend beobachtet.
- Beeinträchtigt wurde die Durchführung von entwicklungsrelevanten Massnahmen durch die teilweise hohe Personalrotation bei den staatlichen Stellen. Dies führte immer wieder zu Erfahrungs- und Kapazitätseinbussen.
- Eine besondere Herausforderung stellte überdies die partiell relativ langsame Durchführung von Projekten durch einzelne Partner dar. Hierbei gilt es auch die Planung auf deren reale Durchführbarkeit vertieft zu diskutieren und wo nötig entsprechend anzupassen.



Produktion von Karotten, Guardaña, Oruro



Ohne Gegenwart gibt es keine Zukunft

4. Konsequenzen für die neue Strategie

Die Fokussierung der schweizerischen Zusammenarbeit auf die **Reduktion von Armut und Ungleichheit sowie die Minderung der Folgen des Klimawandels und der Erhöhung der Resilienz** bleibt pertinent und bildet den Ausgangspunkt für die neue Kooperationsstrategie:

- Die Kooperationsstrategie 2018-2021 sieht gegenüber den vergangenen Jahren keine neuen **Themenbereiche** für das Engagement der Schweiz vor. Die bestehenden Arbeitsgebiete sind relevant, sollen aber angepasst und teilweise fokussierter angegangen werden.
- Eine Reduktion der Themenbereiche wird nicht angestrebt, da sich Länder der mittleren Einkommensgruppe durch eine differenzierte, effektive **Nachfrage** nach thematischer Unterstützung auszeichnen und das operative Budget trotz starker Kürzungen (siehe dazu Finanzrahmen unter Kapitel 6, Programm-Umsetzung) ein genügend grosses Volumen erreicht. Die Kooperationsstrategie strebt somit eine Konsolidierung des Programms an.
- In der Halbzeit, welche die Kooperationsstrategie 2018-2021 abdeckt, muss die **Frage** beantwortet werden, wie das bilaterale DEZA-Engagement in einem Land mit mittlerem Einkommen künftig weiterentwickelt werden könnte. Eine **Evaluation** soll 2019 durchgeführt werden und die Grundlagen dazu liefern. Die zu erarbeitenden Zukunftsvorstellungen werden zudem als Input für die Botschaft der Schweizer Regierung über deren IZA 2021-2024 aufbereitet.
- Das SECO engagiert sich hauptsächlich im Bereich des nachhaltigen **Handels** und der **nachhaltigen Stadtentwicklung** (urbane Resilienz).
- Die **thematische Konzentration** der DEZA wird auf fast 90% erhöht. Sie ergibt sich aus der hauptsächlichlichen Ausrichtung der Projekte auf drei Themen¹⁰. Aus Synergiegründen sollen die restlichen 10% nur zwei nah verwandten Themen gewidmet werden (Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung, sowie Nahrungsmittelsicherheit und Ernährung).

¹⁰ Die Themenkonzentration betrifft nur die DEZA. Diese Themen, die sich aus der Botschaft der Schweizer Regierung über deren IZA 2017-2020 ergeben, sind nicht ganz deckungsgleich mit den drei für die Kooperationsstrategie gewählten Themenbereiche (siehe Richtlinien der DEZA). Und in der Finanzplanung (Anhang 2) sind zudem nicht nur die Zahlen der DEZA berücksichtigt, sondern auch diejenigen des SECO.

- Die **Humanitäre Hilfe** der DEZA wird ihre Präventionsaktivitäten (**Disaster Risk Reduction, DRR**) in Bolivien Ende 2018 beenden. Erhalten bleibt ein thematisches Backstopping regionaler Initiativen vom DRR-Hub in Lima aus.

Seit 1987 gehört Bolivien gemäss den Kriterien des Ausschusses für Entwicklungshilfe, DAC, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, zur unteren mittleren Einkommensgruppe. Das Bolivien-Programm der Schweiz wird sich in Zukunft noch stärker auf die besonderen Herausforderungen der Zusammenarbeit mit einem **Land mittleren Einkommens** ausrichten müssen. Dies betrifft insbesondere die Erreichung der SDG. Seit längerem gestaltet sich die Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Andenland anders als mit anderen noch ärmeren Ländern des Südens.

An den sich ständig verändernden Kontext hat sich die DEZA fortlaufend strategisch angepasst. Bereits heute sucht Bolivien Antworten auf rund 80% der international

diskutierten Herausforderungen für Länder der mittleren Einkommensgruppe. Zu den thematischen Herausforderungen, die der Ländergruppe mit mittlerem Einkommen eigen sind und mit denen auch Bolivien konfrontiert ist, gehören unter anderem Gouvernanz, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt, Ungleichheit und Gender. Dabei unterstützt die Schweiz das Land durch entsprechende Projekte. Ausgeprägt sind seit langem der starke Politikdialog und das systemische Arbeiten, dann aber auch die Abdeckung institutioneller und punktuell-thematischer Bedürfnisse von Akteuren.

Die Unterstützungsmassnahmen enthalten überdies einen hohen **Software**-Anteil (Wissen, Erfahrungen, Austausch und Netzwerke). Betont wird die Rolle des/der Fazilitators/in im Bereich Wissen und Erfahrung. Diese Arbeitsweise wird in der Zukunft noch zu vertiefen sein. Zukünftig muss die institutionelle Qualität von Akteuren noch vermehrt gestärkt werden. Dabei soll die Rolle der Schweiz als **knowledge broker** geschärft und extern aktiv kommuniziert werden.



Wegen des Klimwandels geben wir zum Wasser Sorge



Es gibt kein Alter unsere Rechte zu erlernen

5. Die Strategie 2018-2021: Ziele, Schwerpunkte und Wirkungshypothesen

Die Strategie der Schweiz für 2018-2021 will, wie schon in den vergangenen Jahren, primär die Opportunitäten nutzen, die sich aus der Übereinstimmung der Ziele Boliviens und der Schweiz in der Armutsbekämpfung ergeben. **Die Unterstützungsmassnahmen der Schweiz zielen prinzipiell auf**

- **die Förderung der nachhaltigen Entwicklung Boliviens,**
- **die Reduktion der Armut und Ungleichheit und**
- **die Erhöhung der Resilienz der Bevölkerung und Institutionen.**

In allen drei Themenbereichen sollen **Arme und vulnerable Gruppen** - insbesondere **Junge und Frauen** - mit Fokus auf Inklusion noch stärker ermächtigt werden. Ihnen sollen sich erweiterte Perspektiven zur aktiven Gestaltung ihres Lebens eröffnen. **Systemische Veränderungen mit inklusivem Dialog** auf allen Ebenen sind weiterhin ein strategisch wichtiger Teil der Programm- und Projektarbeit.

Für die einzelnen **Themenbereiche** gelten die folgenden **Schwerpunkte**:

● **Themenbereich Gouvernanz**

Im Vordergrund der Gouvernanz-Projekte stehen die Förderung der Rechtsstaatlichkeit und die Stärkung der Zivilgesellschaft. Nach wie vor ist in Bolivien der barrierefreie **Zugang zur Justiz** für breite Bevölkerungskreise – vor allem in den Landgebieten - alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Nur langsam löst sich zurzeit der Reformstau im Justizsektor auf. Hier bietet sich die Gelegenheit, zusätzlichen Kreisen von Armen und vulnerablen Menschen Zugang zu einer alternativen Lösung ihrer Rechtsprobleme zu verschaffen. Ein weiterer Schwerpunkt der Rechtsstaatlichkeitsprojekte gilt Massnahmen zur Reduktion der Zahl der **Gewalttaten gegenüber Frauen**. Im lateinamerikanischen Vergleich ist in Bolivien die Zahl der Feminizide und der Fälle häuslicher Gewalt gegen Frauen ausserordentlich hoch. Und die Rahmenbedingungen für eine sich frei entfaltende **Zivilgesell-**

schaft sind in den letzten Jahren zusehends schwieriger geworden. Hier bieten sich seitens der internationalen Gebergemeinschaft Möglichkeiten zur Förderung eines konstruktiven Dialogs und der Kompromisskultur zwischen Zivilgesellschaft und Regierung.

● Themenbereich Wirtschaftliche Entwicklung

Die Schwerpunkte liegen für die DEZA im Bereich der **Berufsbildung**, während sich das SECO hauptsächlich um Fragen des **nachhaltigen Handels** kümmert. In der Berufsbildung für benachteiligte Gruppen kann die Schweiz ihre eigene Erfahrung und das in verschiedenen Ländern Lateinamerikas erworbene **know-how** einbringen. Spezifische Unterstützungsmassnahmen zielen darauf ab, AbsolventInnen von Berufsschulen, aber auch Produzentenfamilien und Mikro- und Kleinunternehmern einen verbesserten Zugang zu Finanz- und Nichtfinanzdienstleistungen sowie zu neuen Märkten zu eröffnen. Komplementär – und mit Blick auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung im Rahmen der Agenda 2030 – sind Allianzen zwischen in Bolivien ansässigen Schweizer Firmen und der DEZA im Bereich der Berufsbildung vorgesehen. Dies kann auch als Beispiel für eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nicht staatlichen Akteuren dienen. Wo dies möglich ist, werden sich die Projekte der Schweiz vermehrt auf neue Kooperationsformen besinnen. Überdies sind Massnahmen zur Diversifikation der Wirtschaft und zur Steigerung der Produktivität ein wichtiger Teil der von der Schweiz initiierten und unterstützten Projekte zur nachhaltigen Entwicklung der bolivianischen Wirtschaft.

● Themenbereich Klimawandel und Umwelt

Es geht dabei um die Planung und Pflege von Systemen zur nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen. In den letzten Jahren hat die bolivianische Regierung eine Reihe von Gesetzen erlassen und Strategien entwickelt, um den Folgen des Klimawandels zu begegnen. Schlüsselprioritäten sind Ernährungssicherheit, das Recht auf Wasser für alle und Resilienz (Widerstandsfähigkeit) gegenüber negativen Effekten des Klimawandels. Im Klimawandel zielt der Schweizer Beitrag vor allem auf **Anpassungsmassnahmen**. Zentral dabei ist die Wasserbewirtschaftung und Landnutzung sowie die Reduktion des Katastrophenrisikos durch Prävention und Katastrophenvorbereitung. Das SECO unterstützt dabei Massnahmen zur nachhaltigen Stadtentwicklung im Rahmen **urbaner Resilienz**. Die

fortschreitende Urbanisierung beinhaltet auch Herausforderungen im Bereich **Umwelt**. Die DEZA engagiert sich speziell in Bezug auf Abwasser und Abfall.

Transversale Themen und Arbeitsprinzipien

Die Umsetzung dieser Themen und Prinzipien orientiert sich an der Botschaft IZA 2017-2020. Im Einzelnen betrifft dies Folgendes:

- Die **Gender**-Dimension wird in allen Projekten transversal integriert. In Bolivien wird eine bessere Umsetzung im Projektzyklus, was Analyse und Resultate betrifft, angestrebt.
- In den Themenbereichen werden transversale **Gouvernanzfragen** vermehrt auf Rechenschaftsablegung und Rechtsstaatlichkeit fokussiert. Dabei wird der **human rights based approach** angewandt. Die Lokalgouvernanz ist wichtiger Teil fast aller Projekte. BürgerInnen werden in der Wahrnehmung ihrer Rechte und Pflichten, staatliche Akteure in der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gestärkt.
- Das Arbeitsprinzip des **DRR** wird bedarfsorientiert in die Projekte integriert und wo nötig vertieft.
- Das Arbeitsprinzip des **konfliktsensitiven Projekt-Managements**, das auch interkulturelle Aspekte berücksichtigt, kommt überall dort zum Zuge, wo spezifische Problemlagen bestehen.
- Zusätzlich werden Fragen des **Klimawandels und der Umwelt** auch im Themenbereich Wirtschaftliche Entwicklung aufgenommen, Fragen der Berufsbildung hingegen im Themenbereich Klimawandel und Umwelt.

Geographische Orientierung

Gebiete, wo Armut stärker verbreitet ist, stehen bei der Programmdurchführung im Vordergrund. Dies bedeutet eine Konzentration in den Berggegenden des **Altiplano und der interandinen Täler**, nicht aber im Tiefland. Das Programm weist eine hohe urbane Relevanz auf. Wegen der fortschreitenden Urbanisierung wird seitens der DEZA ein noch stärkerer Fokus auf **kleinere und mittlere Städte**¹¹ gelegt, wo die Armut ausgeprägter ist und welche in Verbindung zu grösseren Städten stehen. Besondere Beachtung verdienen bereits existierende **Stadt-Land-Verbindungen** sowie Möglichkeiten zu deren Optimierung. Massnahmen des SECO im Bereich der nachhaltigen Stadtentwicklung fokussieren hingegen auf mittlere und grössere Städte im ganzen Land.

11 Kleinstädte: zwischen 2'000 und 20'000 EinwohnerInnen; mittlere Städte: zwischen 20'000 und 100'000 EinwohnerInnen.

6. Programm-Umsetzung

Arbeitsmodalitäten

- Ausgebaut werden der **Wissens- und Erfahrungsaustausch**. Dazu gehören auch Beziehungen Süd-Süd oder Schweiz-Bolivien und die multilaterale Zusammenarbeit.
- Wo immer möglich, werden zusätzliche internationale **Kofinanzierungen** angestrebt. Angesichts der schwindenden Zahl von bilateralen Gebern, die in Bolivien tätig sind, sind hier allerdings Grenzen gesetzt.
- **Synergien** im Programm in Bezug auf territoriale Engagements und thematisches Wissen sowie Erfahrungen sollen noch besser ausgeschöpft werden.
- Gefördert werden Initiativen resp. die Zusammenarbeit, die ein stärkeres **Engagement with the Private Sector** (EPS) anstreben, das heisst in erster Linie mit in Bolivien ansässigen Schweizer Unternehmen. Letzteres betrifft vor allem den Bereich der Berufsbildung¹².
- Mehr Beachtung soll der **trilateralen Zusammenarbeit** in Bereichen der Kooperationsstrategie geschenkt werden. In Betracht kommen in erster Linie Partner aus Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Mexiko und Peru.
- Im **Alignment** soll neben der Regierungspolitik vermehrt die Landessicht berücksichtigt werden, das heisst auch die Sicht der Akteure des Privatsektors und derjenigen der Zivilgesellschaft.
- Eine besondere Herausforderung für das Programm stellen zukünftig die - wirtschaftlich bedingten – wahrscheinlich reduzierten **Beiträge der Lokalpartner** dar.

Management

- Das Portefeuille der Zusammenarbeit der Schweiz mit Bolivien wird in der neuen Kooperationsstrategie generell **weniger Projekte** und aus Effizienzgründen insbesondere fast ausschliesslich Mandatsprojekte, das heisst keine selbst ausgeführten Projekte, umfassen.

Dies schafft Raum für einige wenige neue Projekte. Diese konzentrieren sich vor allem auf den Bereich der Berufsbildung und der Zivilgesellschaft.

- Um die **Effizienz** des Programms zu gewährleisten, wird eine beschränkte Anzahl an Projekten im Verhältnis zum Gesamtbudget festgelegt.
- Mit der in Lima konzentrierten regional operierenden **Globalen Zusammenarbeit** sowie der **Humanitären Hilfe** der DEZA wird weiterhin gezielt zusammengearbeitet. In Betracht kommen die Bereiche Klimawandel, DRR und **Rapid Response** bei Naturkatastrophen. Es sollen auf diese Weise Programmsynergien entstehen sowie lokale und internationale Erfahrungen besser ausgetauscht werden.
- Die **Funktionskosten** der Botschaft und einige Arbeitsmodalitäten werden aufgrund der Kürzungen im operativen Bereich angepasst.

Finanzrahmen

- Die gesamten, für die Zusammenarbeit der Schweiz mit Bolivien verfügbaren Finanzmittel werden aufgrund von Budgetkürzungen der IZA der Schweiz weltweit stark **reduziert**. Im Vergleich zur Vorperiode liegen die geplanten jährlichen Ausgaben in der neuen Strategieperiode 25% tiefer.
- Die **Gewichte der Themenbereiche** werden nur leicht verschoben. Eine stärkere Gewichtung erfährt der Themenbereich Wirtschaftliche Entwicklung zu Lasten der anderen beiden Themen. Der Grund dafür liegt einerseits in den zu erwartenden wirtschaftlichen Bedürfnissen Boliviens und den sich abzeichnenden Opportunitäten, andererseits aber auch in der strategischen Bedeutung für die DEZA (Botschaft IZA 2017-2020) und im stärkeren Engagement des SECO.

¹² Davon zu trennen ist die Privatsektorförderung von kleinen und mittleren bolivianischen Unternehmen, die die Schweiz seit Jahren mit ihren Projekten unterstützt.



Diversität ist Reichtum. Recycling, Coroico, La Paz

7. Strategische Steuerung

Analog zur Kooperationsstrategie 2013-2017 wird ein **Monitoringsystem** definiert, welches vor allem als Referenzbasis für die resultatorientierten Jahresberichte dient. Das Monitoring findet auf **drei Ebenen** statt:

- Auf Ebene des Umfelds unter Zuhilfenahme des Monitorings entwicklungsrelevanter Veränderungen (MERV),
- Das Monitoring der geplanten Resultate des Programms und der Fortschritte Boliviens, welche in den **Results Framework** der drei Themenbereiche definiert sind, und
- Auf Ebene der DEZA, um die Wirksamkeit und Effizienz der Programmdurchführung zu beurteilen.

Das Monitoring dient der Steuerung, der in- und externen Rechenschaftsablegung sowie der Kapitalisierung der Resultate und Erfahrungen.

Die DEZA will ihr Monitoringsystem so weit als möglich und sinnvoll dahingehend ergänzen, dass Aussagen zur Wirkung (Impakt) gemacht werden können, im Bewusstsein, dass externe Faktoren diese stark beeinflussen können. Dadurch soll nicht nur die strategische Steuerung profitieren, sondern auch die Rechenschaftspflicht gegenüber externen Zielgruppen.

8. Anhang

Anhang 1

Synopsis der Kooperationsstrategie Bolivien 2018-2021

Oberziel		
Die Unterstützungsmassnahmen der Schweiz zielen prinzipiell auf die Förderung der nachhaltigen Entwicklung, die Reduktion der Armut und Ungleichheit und Erhöhung der Resilienz der Bevölkerung und Institutionen.		
Themenbereiche		
Gouvernanz	Wirtschaftliche Entwicklung	Klimawandel und Umwelt
<p>Transversalthemen Gouvernanz (vor allem Fokus auf mehr Rechenschaftsablegung und Rechtsstaatlichkeit) Gender (vor allem Fokus auf mehr Analyse und Resultate)</p> <p>Arbeitsprinzipien Reduktion von Katastrophenrisiken Konfliktsensitives Projekt-Management (inkl. Interkulturalität)</p> <p>Komplementär Zusammenarbeit mit schweizerischen Unternehmen ansässig in Bolivien (vor allem in der Berufsbildung) Trilaterale Abkommen mit lateinamerikanischen Ländern</p>		
Ziele		
Öffentliche Dienstleistungen (Justiz und Bekämpfung der Gewalt gegenüber Frauen) verbessern sich. Es kommt zu einem inklusiven und konstruktiven Dialog und möglicherweise zu gemeinsamen Massnahmen zwischen Staat und Zivilgesellschaft.	Wirtschaftliche und produktive Entwicklung mit mehr Inklusion, Gleichberechtigung und wirtschaftlich-sozialer Resilienz von Bevölkerungsgruppen mit Potential zur Überwindung der Armut.	Durch eine effiziente Umsetzung der öffentlichen Politik zusammen mit verbesserten Kapazitäten zentraler Akteure sowie einer erhöhten Resilienz der vulnerablen Bevölkerung werden negative Folgen des Klimawandels und Umweltprobleme reduziert.
Schweizer Beitrag		
<ol style="list-style-type: none"> 1. Öffentliche Dienstleistungen in den Bereichen Justiz und Bekämpfung der Gewalt gegenüber Frauen haben sich verbessert und es bestehen Fortschritte in der Gouvernanz. 2. In grundlegenden Themen für eine inklusive Entwicklung arbeiten staatliche Institutionen und die Zivilgesellschaft auf eine Vision der geteilten Verantwortung hin, auf der Grundlage eines konstruktiven Dialogs. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Personen, insbesondere Jugendliche und Frauen haben durch den Zugang zur Berufsbildung sowie zu Finanz- und Nichtfinanzdienstleistungen ihre Beschäftigungslage verbessert. 2. Unterstützte Produktionsbetriebe nutzen die erworbenen Kapazitäten zur Verbesserung ihrer Produktivität und ihres Marktzugangs. 3. Gestärkte Aus- und Weiterbildungsinstitute und Anbieter von Finanz- und Nichtfinanzdienstleistungen weisen ein qualitativ hochstehendes Angebot in den Schwerpunktgebieten und -sektoren auf. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Kapazitäten zur Anpassung an den Klimawandel, zur Reduktion der Katastrophenrisiken und im Bereich Umweltmanagement sind bei öffentlichen Institutionen auf allen drei Staatsebenen (Zentralregierung, Departemente, Gemeinden) gestärkt / konsolidiert. 2. Akteure haben ihre Kapazitäten in Anpassung an den Klimawandel, zur Reduktion der Katastrophenrisiken und im Bereich Umweltmanagement gestärkt / konsolidiert und wenden ihr Wissen an. 3. Die Resilienz in den Interventionszonen hat sich erhöht.
Operative Finanzplanung ¹³		
10.5 Mio. CHF (16 %)	27.6 Mio. CHF (41%)	27.5 Mio. CHF (41 %)

¹³ Hinzukommen 1.7 Mio. CHF (2%) für Anderes (Kultur, Kleinprojekte), Total 100%. Die hier aufgeführten Zahlen beinhalten keine Programmbeiträge an Schweizer NGOs (10 Mio. CHF) und auch keine Funktionskosten der Vertretung. Die angegebenen Beträge in CHF sind die gleichen in USD (1 USD = 1 CHF).

Anhang 2

Finanzplanung 2018-2021¹⁴

a) Übersicht über die Strategieperiode 2018-2021:

(Mio. CHF und %)	2018	2019	2020	2021	Total	
1. Gouvernanz	1.8	2.9	2.9	2.9	10.5	16 %
2. Wirtschaftliche Entwicklung	6.2	6.6	7.3	7.6	27.6	41 %
davon Berufsbildung	2.7	4.2	5.5	5.6	18.0	27 %
3. Klimawandel und Umwelt	11.1	7.1	4.7	4.6	27.5	41 %
Anderes (Kultur, Kleinprojekte)	0.6	0.4	0.4	0.4	1.7	2 %
Total	19.6	17.0	15.3	15.5	67.3	100 %
Programmbeiträge CH-NGOs	2.5	2.5	2.5	2.5	10.0	
Funktionskosten Vertretung	1.5	1.5	1.5	1.5	6.0	
Gesamttotal	23.6	21.0	19.3	19.5	83.3	
Gesamttotal in USD¹⁵	23.6	21.0	19.3	19.5	83.3	

Zur Finanzierung des Engagements tragen folgende Finanzquellen bei: die Südzusammenarbeit der DEZA (71%), die Programmbeiträge der DEZA an schweizerische NGOs (12%), die Globale Zusammenarbeit der DEZA (2%), die Humanitäre Hilfe der DEZA (1%) und das SECO (6%). Hinzukommen Funktionskosten der Vertretung (7 %).

b) Vergleich der beiden Strategieperioden 2013-2017 und 2018-2021:

(Mio. CHF, % und Prozentpunkte, PP)	Ausgaben 2013-2017 (5 Jahre)		Finanzplan 2018-2021 (4 Jahre)		Veränderungen	
1. Gouvernanz	22	18 %	10	16 %	-12	-3 PP
2. Wirtschaftliche Entwicklung	43	36 %	28	41 %	-15	5 PP
davon Berufsbildung	18	15 %	18	27 %	0	12 PP
3. Klimawandel und Umwelt	52	44 %	28	41 %	-24	-3 PP
Anderes (Kultur, Kleinprojekte)	2	2 %	2	2 %	0	1 PP
Total	119	100 %	67	100 %	-52	
Programmbeiträge CH-NGOs	13		10		-3	
Funktionskosten Vertretung	8		6		-2	
Gesamttotal	140		83		-57	
Pro Jahr	28		21		-7	
Gesamttotal in USD¹⁶	146		83		-63	
Pro Jahr in USD	29		21		-8	

¹⁴ Bemerkung zu den Tabellen: Differenzen in den Zahlen resp. Summen basieren auf Rundungen.

¹⁵ Umrechnung mit 1 USD = 1 CHF (2018-2021).

¹⁶ Umrechnung mit 1 USD = 0.95 CHF (2013-2016) und 1 CHF (2017-2021).

Anhang 3

Ziele und Resultate in den drei Themenbereichen

Gewisse Basislinien und Zielwerte verschiedener Programmindikatoren konnten wegen der Verfügbarkeit von staatlichen Informationen und Informationen auf Ebene des Programms noch nicht ganz abschliessend definiert werden. Im Rahmen der Erstellung des Monitoringsystems der Kooperationsstrategie 2018-2021 werden diese ergänzt. Das Monitoringsystem ist integraler Bestandteil der Kooperationsstrategie. Zudem werden die Zielwerte in den **Results Framework** Ende 2019 / Beginn 2020 analysiert und falls nötig angepasst.

In Folge die **Results Framework** der drei Themenbereiche:

1. Gouvernanz
2. Wirtschaftliche Entwicklung
3. Klimawandel und Umwelt



Arbeit, Basis für die Zukunft, Mojocoya, Chuquisaca

<p>Themenbereich 1: Gouvernanz</p> <p>Ziel: Öffentliche Dienstleistungen auf lokaler und nationaler Ebene in den Themenbereichen Justiz und Bekämpfung der Gewalt gegenüber Frauen verbessern sich quantitativ und qualitativ und gehen immer besser auf die Bedürfnisse der BürgerInnen ein. Es kommt zu einem inklusiven und konstruktiven Dialog und möglicherweise zu gemeinsamen Massnahmen zwischen Staat und Zivilgesellschaft in Schlüsselthemen in der Entwicklung.</p>		
<p>(1) Outcomes Portefeuille Schweizer Zusammenarbeit¹⁷</p> <p>Outcome 1: Öffentliche Dienstleistungen in den Bereichen Justiz und Bekämpfung der Gewalt gegenüber Frauen haben sich verbessert und es bestehen Fortschritte in der Gouvernanz.</p> <p>Indikator 1.1: Anzahl von gewaltbetroffenen Frauen, die integrale Betreuungs- und Schutzdienstleistungen in Anspruch nehmen (ARI)¹⁸.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2013-2017: 87'000 Frauen ● Zielwert 2018-2021: 88'000 Frauen <p>Indikator 1.2: Anzahl gelöster Justizfälle auf der Grundlage alternativer Zugänge zur Justiz.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2017: 13'800 Fälle ● Zielwert 2018-2021: 88'000 Fälle <p>Indikator 1.3: Anzahl Rechtsberatungen auf der Grundlage alternativer Zugänge zur Justiz.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2017: 41'000 Beratungen ● Zielwert 2018-2021: 330'000 Beratungen <p>Indikator 1.4: Anzahl eingerichteter Netzwerke oder Dienstleistungsplattformen, die in mindestens drei priorisierten öffentlichen Diensten kooperativ, effizient und transparent arbeiten (Schlichtungsstelle an Gerichten, aussergerichtliche Schlichtungsstellen, Kampf gegen Gewalt).</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2013-2017: 4 Netzwerke ● Zielwert 2018-2021: 14 Netzwerke (10 neue, 4 bisherige) 	<p>(2) Beitrag des Schweizer Programms</p> <p>Bezug zwischen (1) und (3)</p> <p>Die Kapazitätsentwicklung verschiedener staatlicher Stellen im Bereich Dienstleistungen und die entsprechende interne Vernetzung, in Verbindung mit wirksamen Beziehungen zu interessierten Akteuren der Zivilgesellschaft, erhöhen die Chancen auf einen verbesserten Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen im Bereich Justiz und Kampf gegen die Gewalt an Frauen. Dies trägt dazu bei, dass der Staat seine Rolle als Garant der Rechte der Bevölkerung effektiver wahrnehmen kann.</p> <p>Annahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Champions-Schlüsselakteure sind interessiert und verpflichten sich aktiv in der Verbesserung öffentlicher Dienstleistungen und legen Rechenschaft über erreichte Fortschritte ab. ● Staatliche Akteure (z.B. interinstitutionelle Komitees) konsolidieren sich und treffen Entscheidungen, die zu einer Verbesserung des Service Public beitragen. ● Präventionsaktivitäten im Bereich Gewaltbekämpfung wirken sich positiv auf die Veränderung patriarchalischer Strukturen aus. <p>Risiken</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Der Staat setzt nicht genügend Ressourcen ein und kann die gesetzlichen Bestimmungen in der Bekämpfung der Gewalt gegenüber Frauen nur bedingt umsetzen. ● Verminderte Staatseinnahmen wirken sich negativ auf die Priorisierung des Service Public aus (z.B. im Bereich der Justiz und in der Bekämpfung der Gewalt gegenüber Frauen). 	<p>(3) Entwicklungsziele Boliviens</p> <p>Outcome 1: Kampf gegen spirituelle Armut¹⁹ (Wirtschaftlicher und Sozialer Entwicklungsplan PDES 2016-2020, Pfeiler 1, Ziel 5).</p> <p>Indikator 1.1 (proxy)²⁰: Anzahl Frauen, die wegen Gewalt in der Paarbeziehung formell Anzeige erstattet haben.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2016: 141'245 (68%) Frauen ● Zielwert 2021: keine staatliche Zielvorgabe <p>Outcome 2: Transparentes Justizsystem, das Justiz für alle garantiert (PDES, Pfeiler 11, Ziel 2).</p> <p>Indikator 2.1 (proxy): Prozentualer Anteil des Staatsbudgets, das dem Justizsektor zugeteilt ist.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2016: 0.53% ● Zielwert: 2020: keine staatliche Zielvorgabe. Im lateinamerikanischen Durchschnitt liegt der Wert zwischen 2% und 5% <p>Indikator 2.2 (proxy): Prozentsatz Verfahrensverzug im Justizsystem.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2017: 53% ● Zielwert 2020: 30%

17 Alle sich auf Personen beziehende Indikatoren werden nach Gender aufgeschlüsselt.

18 ARI: Aggregierter Referenzindikator.

19 Der PDES definiert kein spezifischeres Ziel (outcome) für die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen. In Pfeiler 1, Ziel 5 ist ein Indikator festgelegt, doch die dafür nötige Information wird vom Staat noch nicht erhoben.

20 Proxy: Falls das Land keinen Indikator definiert, wird ein adäquater Ersatzindikator gewählt.

<p>Outcome 2¹:</p> <p>In grundlegenden Themen für eine inklusive Entwicklung arbeiten staatliche Institutionen und die Zivilgesellschaft auf eine Vision der geteilten Verantwortung hin, auf der Grundlage eines konstruktiven Dialogs.</p> <p>Indikator 2.1: Anzahl staatlicher Akteure, die zivilgesellschaftliche Organisationen in den Diskussionsprozess um nationale Schlüsselthemen und gegebenenfalls in gemeinsame Massnahmen einbeziehen (z.B. Sektorreformen, Fiskalpakt [Dezentralisierung und Finanzausgleich]).</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline (Jahr): noch zu definieren ● Zielwert 2021: noch zu definieren <p>Indikator 2.2: Anzahl zivilgesellschaftlicher Organisationen, die einen fachlich fundierten Beitrag zur öffentlichen Debatte leisten und im Hinblick auf die Entwicklung von Politiken auf verschiedenen Ebenen entsprechende Aktionen unterstützen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline (Jahr): noch zu definieren ● Zielwert 2021: noch zu definieren 	<p>Outcome 3 (proxy):</p> <p>Noch zu definieren. Ein entsprechender Outcome ist im Land nicht festgelegt. Die Aktionen der Schweiz und der EU-Staaten würden aber die Schaffung eines günstigen Arbeitsumfelds und bessere Kapazitäten bei den zivilgesellschaftlichen Organisationen unterstützen.</p> <p>Indikator 3.1 (proxy): Noch zu definieren. z.B.: Anzahl Politiken und/oder Rahmengesetze zu Schwerpunktthemen, an denen zivilgesellschaftliche Organisationen und der Staat gemeinsam mitgearbeitet haben und die entsprechende Auswirkungen haben.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline (Jahr): zu definieren ● Zielwert 2021: zu definieren
<p>Bezug zwischen (1) und (3)</p> <p>Die parallele Stärkung von staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie klar definierte Prioritäten in Sachen staatlicher Entwicklungsplanung und internationaler Vereinbarungen (nachhaltige Entwicklungsziele) schaffen eine offene Atmosphäre und eine gemeinsame Sprache in entwicklungsrelevanten Schlüsselthemen. Die Sozialisierung von Information und Forschungsergebnissen im öffentlichen und privaten Bereich trägt zur mitverantwortlichen Arbeit zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Organisationen bei.</p> <p>Annahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Die staatlichen Stellen legen Prioritäten auf der Grundlage genehmigter Planungen fest (PDES und Pläne zur territorialen Entwicklung, PTD) und die Zivilgesellschaft nimmt die Planungen positiv auf. ● Staatliche Akteure stehen der artikulierten und mitverantwortlichen Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft im Bereich der Dienstleistungen offen gegenüber. ● Die NGOs engagieren sich aktiv für die Verbesserung der Dienstleistungen. <p>Risiken</p> <ul style="list-style-type: none"> ● In einem politisierten Umfeld (z.B. Wiederwahl des Präsidenten) polarisiert sich die Beziehung zwischen Regierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen und die nationale Aufmerksamkeit in Bezug auf strukturelle Probleme nimmt ab. ● Kritik an den zivilgesellschaftlichen Organisationen führt zu Spannungen und diese wiederum dazu, dass die Regierung ihre Position verhärtet und Organisationen der Zivilgesellschaft und Finanzierer zunehmend in Frage stellt. 	

21 Bezieht sich auf ein neues Projekt für die Zivilgesellschaft, das 2018/2019 definiert wird.

<p>(4) Interventionslinien (Programm Schweiz)</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Kapazitätsentwicklung für Institutionen und Organisationen der Zivilgesellschaft. ● Förderung von Grundprinzipien der Gouvernanz (Fokus auf Rechenschaftslegung und Rechtsstaatlichkeit) und Gender in der Bearbeitung von staatlichen Politiken. ● Förderung von Möglichkeiten für einen inklusiven Dialog und des Informationszugangs. ● Förderung des Einbezugs von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der BürgerInnen in die Entwicklungsprozesse auf lokaler und nationaler Ebene. ● Förderung von Studien und Forschungsarbeiten, die Informationen und Daten für einen auf sachgerechter Information beruhenden Dialog über Schwerpunktpolitiken unterstützen. ● Integraler städtischer und städtischer / ländlicher Ansatz (Verbindung Stadt-Land, Auswirkungen der Migration) bei konkreten Interventionen und Sozialisierung der Ergebnisse.
<p>(5) Ressourcen, Kooperationen (Programm Schweiz)</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Finanzielle Ressourcen: 11 Mio CHF. ● Humanressourcen: 3 DEZA-Projektmitarbeiter/innen für das Projekt "Zugang zur Justiz" (sensibles Thema, deshalb gemischtverwaltetes Projekt: Teil Eigenprojekt DEZA und Teil auf Mandatsbasis) ● Externe Unterstützung für transversales Thema Gouvernanz und das Arbeitsprinzip des Konfliktsensitiven Projektmanagements (CSPM). ● Es werden Kofinanzierungen mit anderen Gebern gesucht (<i>Joint European Strategy / EU</i>, multilaterale Geber, z.B. IDB, UNO).
<p>(6) Leistungsergebnisse, inkl. Indikatoren (Programm Schweiz)</p> <ul style="list-style-type: none"> ● CSPM in den Projekten in Anwendung, mit Schwerpunkt auf politisch sensible Themen. ● Weiterführung einer artikulierten Projektarbeit mit verschiedenen Trägern (z.B. Projekt Leben ohne Gewalt, Erfahrung <i>Joint Programme UNO</i> und gemeinsame Arbeit mit internationalen NGOs). ● Bilateral und multilateraler Politikdialog mit dem Staat. ● Implementierungsmodalitäten: delegierte Zusammenarbeit, direkter Transfer an den Staat, Kofinanzierung, Mandate, etc.

Themenbereich 2: Wirtschaftliche Entwicklung		
Ziel: Wirtschaftliche und produktive Entwicklung mit mehr Inklusion, Gleichberechtigung und wirtschaftlich-sozialer Resilienz von Bevölkerungsgruppen mit Potential zur Überwindung der Armut.		
(1) Outcomes Portfeuille Schweizer Zusammenarbeit²²	(2) Beitrag des Schweizer Programms	(3) Entwicklungsziele Bolivians
<p>Outcome 1:</p> <p>Personen, insbesondere Jugendliche und Frauen, haben durch den Zugang zur Berufsbildung sowie zu Finanz- und Nichtfinanzdienstleistungen ihre Beschäftigungslage (Anstellung/selbständige Tätigkeit) verbessert²³.</p> <p>Indikator 1.1: Anzahl Jugendliche (15-24 Jahre) und Erwachsene, die eine Ausbildung erhielten und ihre beruflichen Fähigkeiten gestärkt haben (ARI)²⁴.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2013-2017: 20'500 (58% Frauen; 54% Jugendliche) ● Zielwert 2018-2021: 26'000 (50% Frauen; 70% Jugendliche) <p>Indikator 1.2: Anzahl Jugendliche und Erwachsene, die Zugang zu formellen Finanz- und Nichtfinanzdienstleistungen erhielten und diese nutzen (ARI)²⁵.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2013-2017: 32'200 (35% Frauen) ● Zielwert 2018-2021: 35'800 (40% Frauen) <p>Indikator 1.3: Anzahl Jugendliche und Erwachsene, die Zugang zu einer besser bezahlten Beschäftigung²⁶ erhielten (ARI).</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2013-2017: 37'800 (37% Frauen; Daten zu Jugendlichen nicht verfügbar) ● Zielwert 2018-2021: 40'000 (45% Frauen; 40% Jugendliche) 	<p>Bezug zwischen (1) und (3)</p> <p>Der Zugang zur Berufsbildung und finanziellen und nicht finanziellen Dienstleistungen verschaffen Jugendlichen und Erwachsenen bessere Chancen auf eine Beschäftigung oder eine selbständige Erwerbstätigkeit. Die Beteiligung der Ausbildungsinstitute an Beschäftigungsprogrammen des Arbeitsministeriums verstärkt den Beitrag.</p> <p>Annahme</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Der Schweizer Beitrag konzentriert sich auf die Kapazitätsentwicklung, die Auswirkung auf Beschäftigung und Einkommen ist indirekt. <p>Risiko</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Die Hauptrisiken liegen in einer fehlenden nationalen Beschäftigungspolitik und in der Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums, die sich negativ auf die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen auswirken können. 	<p>Outcome 1:</p> <p>Beschäftigung für ein Leben in Würde (Wirtschaftlicher und Sozialer Entwicklungsplan PDES 2016-2020, Pfeiler 6, Ziel 10).</p> <p>Indikator 1.1: Reduktion der Arbeitslosenrate bei den 16-28jährigen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2015: 7.2% Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe ● Zielwert 2020: 6.3% Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe <p>Outcome 2:</p> <p>Universeller Zugang zu Bildung und Erziehung (PDES, Pfeiler 3, Ziel 3).</p> <p>Indikator 2.1: Prozentualer Anstieg von Jugendlichen an technischen Instituten und anderen Einrichtungen für höhere Bildung.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2014: 42% der Jugendlichen zwischen 19 und 23 Jahren sind eingeschrieben ● Zielwert 2020: 40% Zunahme der eingeschriebenen Jugendlichen zwischen 19 und 23 Jahren <p>Indikator 2.2: Anzahl Personen (15 Jahre und älter) die eine produktiv-technische Ausbildung (alternative Bildung) beginnen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2014: 55'000 Personen (Jahreseinschreibungen) ● Zielwert 2020: 75'000 Personen (Jahreseinschreibungen)

22 Alle sich auf Personen beziehende Indikatoren werden nach Gender aufgeschlüsselt.

23 Finanzdienstleistungen: Kredite, Sparverträge, Kapital, Versicherungen und Garantien. Nichtfinanzdienstleistungen: technische Beratung, Schulung, Marktzugang und Ausrüstung/Betriebsmittel.

24 ARI: Aggregierter Referenzindikator.

25 Daten zu Jugendlichen liegen nicht vor. Die Normen im Finanzdienstleistungssektor lassen die Erhebung von Daten zu den Nutzniessenden nicht zu.

26 Berücksichtigt Messung der Einkommens- und Beschäftigungsverbesserung.

<p>Outcome 2: Unterstützte Produktionsbetriebe nutzen die erworbenen Kapazitäten zur Verbesserung ihrer Produktivität und ihres Marktzugangs.</p> <p>Indikator 2.1: Prozentuale jährliche Ertragssteigerung für ein bestimmtes Produkt (kg/ha) bei unterstützten Kleinbauern (ARI) sowie Steigerung der Produktivität städtischer Produktionsbetriebe (Mikro- und Kleinbetriebe).</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2017: Produkte: Pfirsich 7'200 kg/ha; Kartoffeln 4'200 kg/ha; Mikro- und Kleinbetriebe 1'000 USD/Person/Jahr ● Zielwert 2018-2021: Produkte und Mikro- und Kleinbetriebe: 2.5% jährliche Steigerung, 10% in 4 Jahren <p>Indikator 2.2: Verkaufsvolumen bei Mikro- und Kleinunternehmen, Familienbetrieben und Genossenschaften im kleingewerblichen Goldbergbau auf dem Produkt- und Dienstleistungsmarkt.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2017: Mikro- und Kleinunternehmen 15'900 USD; Exportvolumen Gold: 3 kg ● Zielwert 2018-2021: Mikro- und Kleinunternehmen um 10%; Exportvolumen Gold 350 kg pro Jahr per 2020 <p>Indikator 2.3: Anzahl Produktionsbetriebe, die ihre Nettoeinnahmen gesteigert haben: a) Landwirtschaft, b) Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe (ARI), c) Genossenschaften im kleingewerblichen Goldbergbau.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2013-2017: a) 12'100; b) 145; c) 2 ● Zielwert 2018-2021: a) 10'800; b) 3'300; c) 18 	<p>Bezug zwischen (1) und (3)</p> <p>Die erworbenen Kapazitäten und der systemische Ansatz tragen zur Steigerung der Produktivität und zu einem verbesserten Zugang von Jugendlichen und Erwachsenen zur Berufsbildung bei.</p> <p>Annahme</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Die verstärkten Dienstleistungen zugunsten der Mikro- und Kleinunternehmen tragen zum besseren Zugang zu Finanz- und Nichtfinanzdienstleistungen bei. <p>Risiken</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Die staatlichen Normen sind wenig wirksam bei der Förderung der Familienlandwirtschaft. ● Die Verminderung der staatlichen Einnahmen kann sich auf die Investitionen in Berufsbildung und urbane und ländliche Produktion auswirken. ● Die Überbewertung der bolivianischen Währung reduziert die Wettbewerbsfähigkeit des produktiven Sektors und führt zum verstärkten (legalen und illegalen) Import von Produkten und Dienstleistungen. ● Der Klimawandel kann sich negativ auf verfügbare natürliche Ressourcen auswirken. 	<p>Outcome 3: Land- und Viehwirtschaft mit Schwerpunkt auf Familien-, gemeinschaftlicher und bäuerlicher Landwirtschaft (PDES, Pfeiler 6, Ziel 3).</p> <p>Indikator 3.1: Prozentualer Anstieg des Anteils kleiner Produzenten/innen an der gesamten land- und viehwirtschaftlichen Produktion.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2014: 5'800'000 MT (metrische Tonnen) ● Zielwert 2020: 13'300'000 MT (130%) <p>Outcome 4: Demokratisierung der Produktionsmittel und -faktoren mit Schwerpunkt auf Mikro- und gemeinschaftlichen Unternehmen (PDES, Pfeiler 6, Ziel 9).</p> <p>Indikator 4.1: Prozentualer Anstieg des Zugangs von Mikro- und Kleinunternehmen zu Finanzierungen, Ausbildung und Technologie.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2014: 23% Zugang zur Finanzierung, 8.2% zur Ausbildung und 6.1% zur Technologie ● Zielwert 2020: 35% Zugang zur Finanzierung, 15% zur Ausbildung und 10% zur Technologie
--	---	---

<p>Outcome 3: Gestärkte Aus- und Weiterbildungsinstitute und Anbieter von Finanz- und Nichtfinanzdienstleistungen weisen ein qualitativ hochwertiges Angebot in den Schwerpunktbereichen und -sektoren auf.</p> <p>Indikator 3.1: Qualitätswahrnehmung durch verbesserte Anwendung von Planungen, Dienstleistungen, Methoden und Innovationen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2013-2017: 76% ● Zielwert 2018-2021: 85% <p>Indikator 3.2: % Finanzierung aus öffentlichen und privaten bolivianischen Quellen für von der DEZA unterstützte Dienstleistungen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2013-2017: 60% ● Zielwert 2018-2021: 50% 	<p>Bezug zwischen (1) und (3)</p> <p>Die Stärkung nationaler Programme der Ministerien für Bildung und Erziehung, Produktion und ländliche Entwicklung trägt zu einem verbesserten Zugang der Bevölkerung zur Ausbildung und zu Dienstleistungen bei. Die Stärkung staatlicher und privater Anbieter verbessert Qualität und Innovation.</p> <p>Annahme</p> <p>Der Dialog mit dem privaten Sektor setzt eine entsprechende Bereitschaft von Seiten der Regierung voraus.</p> <p>Risiken</p> <p>Wenig politischer Wille zur Flexibilisierung der gesetzlichen Normen für Firmengründungen.</p> <p>Die Priorisierung der 13 Wertschöpfungsketten ist ausschlaggebend für eine Politik der produktiven Diversifizierung.</p>	<p>Outcome 5: Universelle Systeme für den Zugang zu Produktionsmitteln, Technologie, technische Unterstützung und andere Dienstleistungen für die Produktionsförderung (PDES, Pfeiler 6, Ziel 7).</p> <p>Indikator 5.1: Anzahl Produktionsbetriebe mit Zugang zu entsprechenden Programmen (Produktionsmittel), Technologie, Dienstleistungen für Produktion, etc. (SENASAG, INIAF etc)²⁷.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2014: 179'000 Betriebe ● Zielwert 2020: 400'000 Betriebe <p>Outcome 6 (proxy)²⁸: Verbesserung der Geschäftsbedingungen für den privaten Sektor.</p> <p>Indikator 6.1 (proxy): Position Boliviens im "Doing Business Index".</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2014: Rang 151 ● Zielwert 2020: signifikative Rangverbesserung
<p>(4) Interventionslinien (Programm Schweiz)</p>		
<ul style="list-style-type: none"> ● Weiterentwicklung der Berufsbildung, Allianzen mit dem Privatsektor zur Förderung von Investitionen und einer besseren Abstimmung zwischen Angebot und Nachfrage. ● Neue Geschäftsmodelle für ländliche Gebiete, Beitrag zur Entwicklung inklusiver Märkte, Weiterentwicklung von Marktsystemen (M4P) zur Erreichung von Volumen und Nachhaltigkeit. ● Gestärkte internationale Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen und erleichteter Marktzugang (Aktionslinie SECO). ● Artikulierung verschiedener Projekte durch Finanzdienstleistungen privater und staatlicher Anbieter, welche zur Verankerung und Nachhaltigkeit der Aktionen beitragen. ● Vertiefung des Transversalthemas Gender mittels differenzierter Strategien und aktiver Fördermassnahmen, Anwendung des Transversalthemas Gouvernanz. ● Produktive Projekte beziehen Umweltaspekte mit ein, Förderung eines Wissensmanagements mit Einfluss auf staatliche Politiken. 		
<p>(5) Ressourcen, Kooperationen (Programm Schweiz)</p>		
<ul style="list-style-type: none"> ● Finanzielle Ressourcen: CHF 28 Mio. (davon CHF 18 Mio. Berufsbildung). ● Modalitäten: Mandate (Berufsbildung, ländliche Märkte); Beiträge an öffentliche Institutionen (Ministerien, Bank für Produktive Entwicklung [BDP]); Beiträge an private Organisationen (Profin); Engagement mit dem Privatsektor (EPS) und trilaterale Zusammenarbeit. ● Strategische Partner: a) Regierung: Ministerien für Bildung/Erziehung, produktive Entwicklung, ländliche Entwicklung und Boden, und Arbeit sowie entsprechende nationale Programme; Departments- und Gemeinderierungen in den Interventionsgebieten; und BDP; b) Privatsektor: Unternehmenskammern, Bildungsinstitute, Firmen, Finanzunternehmen und Dienstleister; c) NGOs: Profin und Projektpartner; d) Geber: BID, FIDA, Dänemark (DANIDA, bis Ende 2018), Schweden (SIDA). 		
<p>(6) Leistungsergebnisse, inkl. Indikatoren (Programm Schweiz)</p>		
<ul style="list-style-type: none"> ● Die Modalität der Beiträge an den öffentlichen Sektor fördert den Politikdialog zu Themen wie der Verbesserung des Geschäftsumfelds für den Privatsektor. 		

27 SENASAG: Nationaler Service für land- und viehwirtschaftliche Hygiene, INIAF: Nationales Institut für land-, vieh- und forstwirtschaftliche Innovation.

28 Proxy: Falls das Land keinen Indikator definiert, wird ein adäquater Ersatzindikator gewählt.

Themenbereich 3: Klimawandel und Umwelt		
Ziel: Durch eine effiziente Umsetzung der öffentlichen Politik zusammen mit verbesserten Kapazitäten zentraler Akteure sowie einer erhöhten Resilienz der vulnerablen Bevölkerung werden negative Folgen des Klimawandels und Umweltprobleme reduziert.		
(1) Outcomes Portfeuille Schweizer Zusammenarbeit²⁹	(2) Beitrag des Schweizer Programms	(3) Entwicklungsziele Bolivien
<p>Outcome 1:</p> <p>Kapazitäten zur Anpassung an den Klimawandel (ACC), zur Reduktion der Katastrophenrisiken (DRR) und im Bereich Umweltmanagement (UM) sind bei öffentlichen Institutionen auf allen drei Staatsebenen (Zentralregierung, Departemente, Gemeinden) gestärkt / konsolidiert.</p> <p>Indikator 1.1: Proportionaler Anteil der öffentlichen Investitionen auf den unterschiedlichen Staatsebenen und in den Interventionszonen (AR)³⁰.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2017: 10% ● Zielwert 2021: 12% <p>Indikator 1.2: Anzahl autonomer Departements- und Gemeindereregierungen, die ihr Management in den Interventionszonen verbessert haben³¹.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2013-2017: 86 Gemeindereregierungen; 4 Departementsregierungen ● Zielwert 2018-2021: 94 Gemeindereregierungen (58 bisherige und 36 neu); 6 Departementsregierungen (4 bisherige und 2 neu) <p>Indikator 1.3: Anzahl von der DEZA unterstützter und von multinationalen Organisationen (u.a. Grüner Klimafonds) zu finanzierende Initiativen, die den festgelegten nationalen Beiträgen (Contribuciones Nacionales Determinadas NDC) entsprechen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2017: 0 ● Zielwert 2021: 2 	<p>Bezug zwischen (1) und (3)</p> <p>Die DEZA leistet mittels ihrer Erfahrung einen Beitrag zur Erarbeitung öffentlicher Politiken. Durch Kapazitäts- und Methodenentwicklung trägt sie zur Konsolidierung von Investitionen im Themenbereich bei. Weiter leistet sie durch ihr Wissen und ihre Führung einen Beitrag zu themenfokussierten integralen Planungssystemen in Gemeinden, Departementen und Sektoren. Sie trägt zur Qualifizierung von Projekten bei, die Bolivien multilateralen Organisationen zur Finanzierung vorlegt.</p> <p>Annahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Der Staat agiert bzgl. öffentlicher Normen engagiert und kohärent. ● Das politische System unterstützt Aktionen zur Sicherstellung von Investitionen im Themenbereich. <p>Risiken</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Extraktive Aktivitäten werden priorisiert und die häufigen Wechsel bei den politischen Autoritäten vermögen keine Kontinuität sicherzustellen. ● Politische Einflussnahme bremst den Einsatz von Ressourcen für öffentliche Investitionen im Themenbereich. ● In den Gemeinden und Departementen stehen zu wenig finanzielle Eigenmittel für finanzielle Beteiligungen in diesem Sektor zur Verfügung. 	<p>Outcome 1:</p> <p>Der Plan für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung PDES 2016-2020 und das staatliche Planungssystem (SPIE) werden mit integriertem Ansatz³² und unter Berücksichtigung von ACC, DRR und UM umgesetzt.</p> <p>Indikator 1.1: Öffentliche Investitionen im Themenbereich³³.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2016: 10% der öffentlichen Investitionen gehen in die Bereiche ACC, DRR und UM ● Zielwert 2020: noch zu definieren <p>Indikator 1.2: Gemeinden implementieren ein ganzheitliches Management von festen Abfällen (PDES, Pfeiler 9, Ziel 8).</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2014: 16 Gemeinden praktizieren Abfallverwertung. 23 Gemeinden verfügen über geordnete Mülldeponien ● Zielwert 2020: 80 Gemeinden verfügen über ein ganzheitliches Abfallmanagement <p>Indikator 1.3: Anzahl bolivianische Projekte in den Bereichen ACC/DRR/UM, die von multilateralen Organisationen genehmigt wurden und den festgelegten nationalen Beiträgen (Contribuciones Nacionales Determinadas NDC) entsprechen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2016: 0 Projekte ● Zielwert 2020: mindestens 1 Projekt

29 Alle sich auf Personen beziehende Indikatoren werden nach Gender aufgeschlüsselt.

30 ARI: Aggregierter Referenzindikator.

31 Verbessertes Management heisst, dass gemäss Norm des neuen staatlichen Planungssystems SPIE, Risikoanalysen und Szenarien bzgl. Klimawandel und Umwelt in die territorialen Entwicklungsplanungen miteinbezogen werden müssen. Und dass bei öffentlichen Investitionen Massnahmen zur Risikoverminderung, Anpassung an den Klimawandel und für ein besseres Umweltmanagement berücksichtigt werden müssen.

32 Ein integraler Ansatz strebt über die Sektoren hinaus und strebt - unter Berücksichtigung von ACC, DRR und UM - nach Komplementarität zwischen Entwicklung und Territorialplanung.

33 Das neue Planungssystem des Staates SPIE und der Plan für Wirtschaftliche und Soziale Entwicklung PDES haben ACC und DRR als Grundpfeiler für staatliche Investitionen definiert. Deshalb werden alle öffentlichen Investitionen gemessen, die diese Themen angemessen berücksichtigen. Zusätzlich werden Investitionen im UM gemessen.

<p>Outcome 2: Akteure³⁴ haben ihre Kapazitäten in ACC, DRR und UM gestärkt / konsolidiert und wenden ihr Wissen an.</p> <p>Indikator 2.1: Anzahl Jugendliche (15-24 Jahre) und Erwachsene, die eine Ausbildung erhielten und ihre beruflichen Fähigkeiten gestärkt haben (AR)³⁵:</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2013-2017: 17'700 Personen (erwachsene Frauen 57%; erwachsene Männer 43%; junge Frauen und Männer: keine Angaben) ● Zielwert 2018-2021: 12'000 Personen (60% Frauen, 40% Männer) <p>Indikator 2.2: Anzahl technische und berufsbildende Institutionen, die qualitativ hochstehende Aus- und Weiterbildung im Themenbereich anbieten.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2013-2017: 8 ● Zielwert 2018-2021: 15 (8 bisherige, 7 neue) 	<p>Bezug zwischen (1) und (3)</p> <p>Die DEZA verfügt über ein Netz von technischen- und berufsbildenden Institutionen im Bereich ACC/DRR/UM und kann mit interkulturellen Lehr- und Lernmethoden einen Beitrag leisten. Die DEZA, ihre Partner (u. a. Universitäten) arbeiten an der Konsolidierung von beruflich-technischen (Ausbildungsprozessen in ACC/DRR/UM).</p> <p>Annahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Es gibt eine Nachfrage von Seiten der verschiedenen Akteure nach technisch-beruflicher (Aus)bildung. ● Die technische Ausbildung in ACC/DRR und UM ist eine Priorität der öffentlichen Institutionen. <p>Risiken</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Die bürokratische Administration der Bildungssysteme kann die Zielerreichung negativ beeinflussen. ● Es sind wenig staatliche Ressourcen für den Themenbereich vorhanden. 	<p>Outcome 2: Wissenschaftliche berufliche Aus- und Weiterbildung. (PDES, Pfeiler 4, Ziel 5).</p> <p>Indikator 2.1: Alle Einrichtungen und Unternehmen im produktiven Sektor und in den Sektoren Wasser, Umwelt, Telekommunikation, Gesundheit und anderen verwenden einen Prozentsatz ihrer Ressourcen für wissenschaftliche Forschung und technologische Entwicklung.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2016: keine Daten ● Zielwert 2020: noch zu definieren <p>Indikator 2.2: Öffentliche Unternehmen und nationale Zentren für technologische Innovation sowie die Departementsregierungen haben wissenschaftlich und technologisch gut ausgebildete Fachleute in ihre Teams aufgenommen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2016: keine Daten ● Zielwert 2020: noch zu definieren
<p>Outcome 3: Die Resilienz in den Interventionszonen hat sich erhöht.</p> <p>Indikator 3.1: Anzahl Produktionsbetriebe, die ihre Einnahmen aus Land- und Viehwirtschaft verbessert haben (AR).</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2013-2017: 47'000 (% Frauen, die einer Familien vorstehen ohne Daten) ● Zielwert 2018-2021: 15'000 zusätzliche Betriebe (davon mindestens 30% Frauen, die einer Familie vorstehen) <p>Indikator 3.2: Prozentsatz der Familien, die eine Verbesserung ihrer Lebenssituation wahrnehmen.</p> <p>Baseline 2013-2017: keine Daten vorhanden Zielwert 2018-2021: 80% (Messung alle zwei Jahre)</p>	<p>Bezug zwischen (1) und (3)</p> <p>Die DEZA hat alternative produktive und wirtschaftliche Modelle und Methoden für den Zugang zu finanziellen Ressourcen für den Bereich nachhaltige ländliche Entwicklung und Agroökologie entwickelt. Die DEZA hat die geteilte soziale Verantwortung (Nutzen, Trennung am Ursprungsort, Produktion mit weniger Abfallprodukten), Effizienz und Nachhaltigkeit bei Dienstleistern gefördert. Die DEZA hat in gemeinsamen Lernprozessen mit dem Umweltministerium zur Analyse technologischer Alternativen (höhere Abdeckung, Effizienz, geringere Kosten) beigetragen. Die DEZA hat die Reglementierung und die Implementierung von Normen im Bereich Abwasserbehandlung und Umgang mit festen Abfällen unterstützt.</p>	<p>Outcome 3: Effiziente und optimierte produktive Systeme mit Bewässerung (PDES, Pfeiler 6, Ziel 6).</p> <p>Indikator 3.1: Steigerung der durchschnittlichen Erträge bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten im Zusammenhang mit der Ernährungssicherheit (Gemüse, Früchte, Knollenfrüchte)</p> <ul style="list-style-type: none"> ● Baseline 2016: keine Daten ● Zielwert 2020: noch zu definieren <p>Outcome 4: Saubere Luft, saubere Flüsse und Management von festen und flüssigen Abfällen (PDES, Pfeiler 9, Ziel 8).</p>

34 Akademische und Forschungsinstitutionen, technische und berufsbildende Institute, Jugendliche und junge Erwachsene und Privatsektor.

35 AR: Aggregierter Referenzindikator; Indikator 2.1 hat eher den Charakter eines Outputs, doch er steht in enger Verbindung zum Indikator 1.2, der die Anwendung neu erworbener Kenntnisse bei öffentlichen Instanzen misst.

	<p>Annahme</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Priorisierung von Aktionen zur Erhöhung der Resilienz von Bevölkerung und Institutionen im PDES wird von der Bereitstellung von Ressourcen und politischem Willen mitgetragen. <p>Risiken</p> <ul style="list-style-type: none"> Die Regierung priorisiert Investitionen im extraktiven Sektor auf Kosten des Umweltschutzes. In den Gemeinden und Departementen stehen keine finanziellen Mittel für finanzielle Beteiligungen in diesem Sektor zur Verfügung. 	<p>Indikator 4.1: Luft-, Wasser- und Bodenverschmutzung bedeutend vermindert, verschmutzte Lebensräume wiedergewonnen.</p> <ul style="list-style-type: none"> Baseline 2016: keine Daten Zielwert 2020: noch zu definieren <p>Indikator 4.2: In den bevölkerungsreicheren Städten sind Kläranlagen gebaut.</p> <ul style="list-style-type: none"> Baseline 2016: keine Daten Zielwert 2020: noch zu definieren
<p>(4) Interventionslinien (Programm Schweiz)</p>		
<ul style="list-style-type: none"> Inzidenz zur Konsolidierung öffentlicher Politiken in ACC/DRR/UM. Beruflich-technisches Kapazitätsentwicklung durch Allianzen und entsprechende von der DEZA geschaffene / unterstützte Bildungsnetzwerke. Finanzielle Unterstützung für die Konsolidierung eines unabhängigen und effizienten nationalen Forschungssystems, finanziert durch die direkte Steuer auf Kohlenwasserstoffen (IDH). In Anbetracht der besonderen Vulnerabilität, Priorisierung und Vertiefung des Transversalthemas Gender (affirmative Aktionen) durch entsprechende Ziele bezüglich der Partizipation von Frauen und mittels Einsatz von genderdifferenzierten Strategien. Konsolidierung von replizierbaren Modellen für die Klimaresilienz im Bereich Biodiversität und damit Beitrag zum Zugang zu gerechten und inklusiven Märkten für Agrar- und Viehwirtschaftsprodukte. Fördern von replizierbaren Modellen zur Verbesserung von Dienstleistungen im Bereich Umweltqualität. Vertiefung des Austauschs im Bereich Klimawandel und DRR zwischen dem Programm in Bolivien und dem regionalen DEZA-DRR-Hub in Lima. 		
<p>(5) Ressourcen, Kooperationen (Programm Schweiz)</p>		
<ul style="list-style-type: none"> Vorgesehene finanzielle Ressourcen: 28 Mio. CHF. Modalitäten: Beiträge an öffentliche akademische Institutionen und Ministerien, Mandate und trilaterale Kooperation. Strategische Partner: a) öffentlich: Ministerium für Umwelt und Wasser, Erziehungsministerium, staatliche Hochschulen, Plurinationale Höhere Fachschule für Verwaltung, Departementsregierungen und Gemeinden; b) privat: private Hochschulen, berufsbildende Institute und Unternehmen; c) NGOs: Projektpartner; und d) Geber: Schweden (SIDA), Kanada, IDB, Weltbank, Dänemark (DANIDA). 		
<p>(6) Leistungsergebnisse, inkl. Indikatoren (Programm Schweiz)</p>		
<ul style="list-style-type: none"> Konfliktsensitives Projektmanagement wird angewandt mit besonderem Augenmerk auf politisch speziell sensible Projekte. Arbeitsprinzip des DRR wird angewandt. Bilateraler und multilateraler Dialog mit dem Staat und anderen Gebern. 		

Anhang 4

Monitoringsystem

Instrument	Bemerkung	Frequenz
Regelmässig interne Treffen zu verschiedenen strategischen, operationellen, finanziellen, administrativen und kommunikativen Themen		Laufend
Finanzplanung		Mehrmals pro Jahr
Projektbesuche		Mehrmals pro Jahr
Reviews von Projekten		1-2x pro Projektphase
Review der Strategie		1x in der Strategieperiode (2019)
Internes Operationskomitee		Mehrmals pro Jahr
Treffen mit Schweizer NGOs		Mindestens 1x pro Jahr
Treffen mit lokalen Partnern		Mindestens 1x pro Jahr
Treffen mit verschiedenen Ministerien	Programm - und Projektbesprechung	Mehrmals pro Jahr
MERV (Monitoring entwicklungsrelevanter Umfeldveränderungen)	Monitoring über ein Jahr	1x pro Jahr
MERV	Aktualisierung des Monitorings jeweils über die letzten zwei Monate	6x pro Jahr
OMR (Office Management Report)	Analyse der Effektivität und Effizienz des Kooperationsbüros der DEZA	1x pro Jahr
ICS (Internal Control System)	Analyse der Risikosituation der Botschaft inkl. des Kooperationsbüros der DEZA	1x pro Jahr
Jahresbericht	Berichte über die Resultate des Programms resp. der Projekte	1x pro Jahr
Jahresplanung im Detail		1x pro Jahr

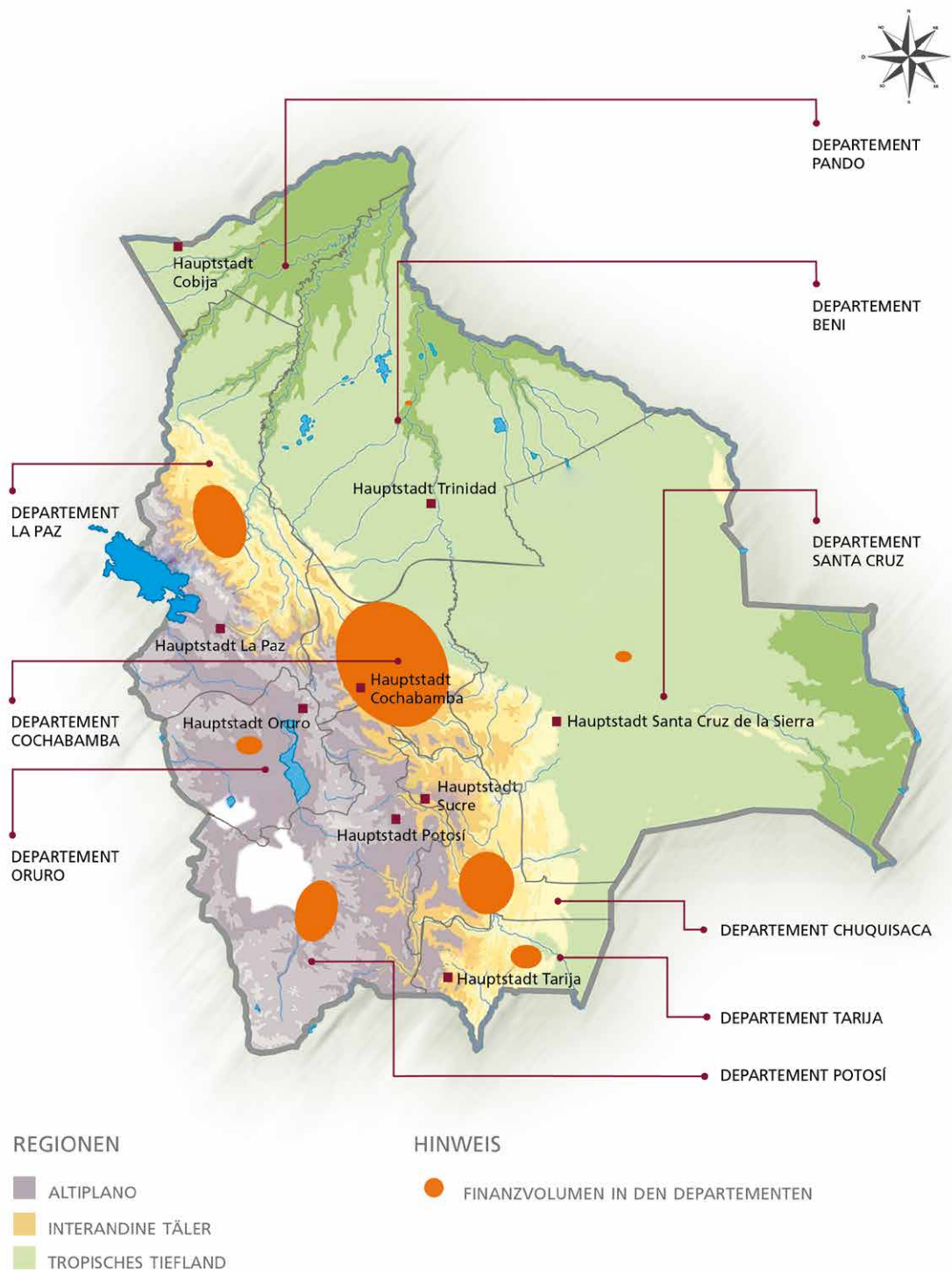
Anhang 5

Karten

a) Geographische Intervention

Bemerkungen:

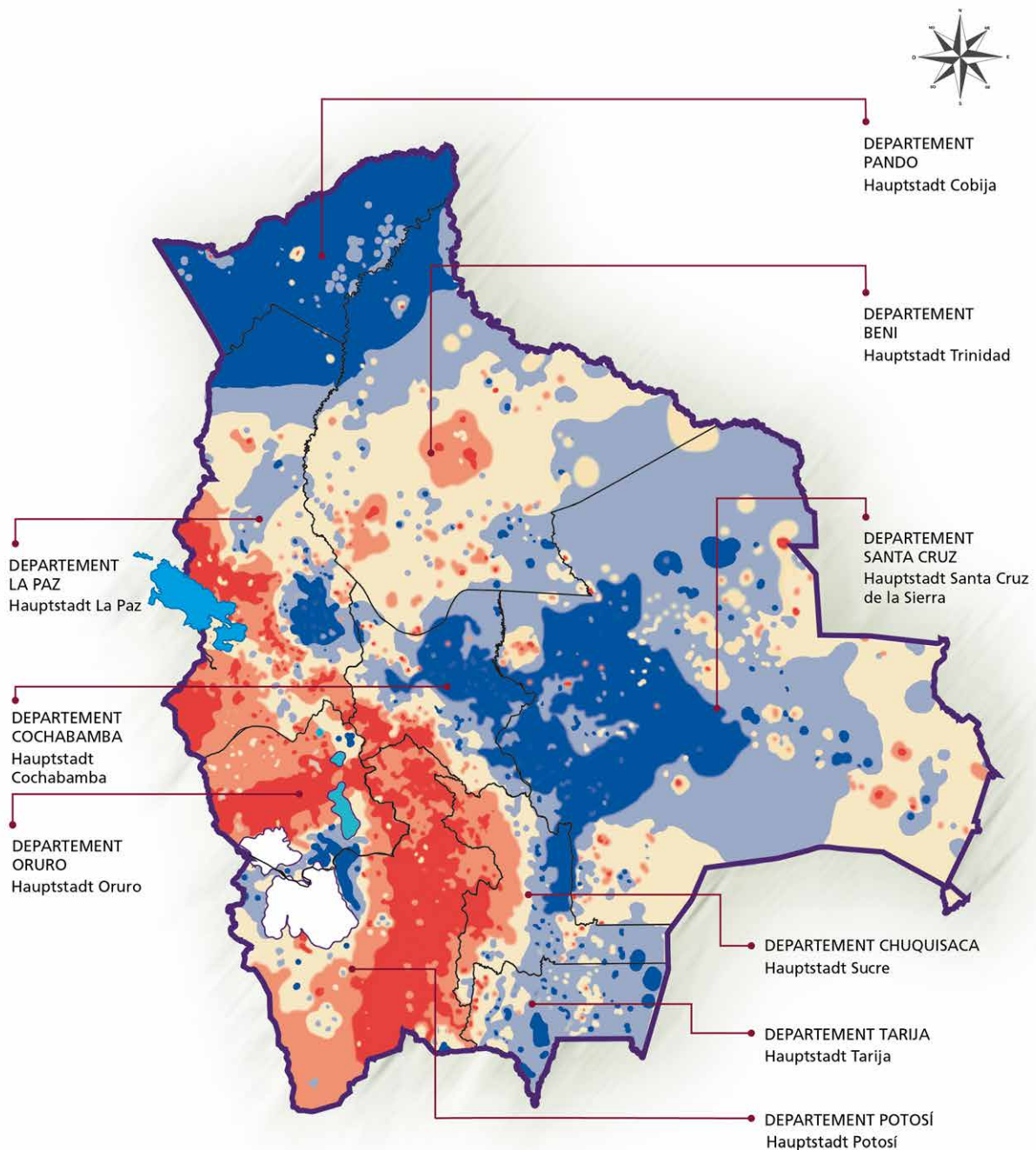
- Karte mit den neun Departementen Boliviens.
- Hauptinterventionsgebiete des bestehenden DEZA-Programms liegen im Berggebiet Altiplano (Westen) und in den interandinen Tälern (Mitte). Im Osten liegt das tropische Tiefland.
- Die Grösse der Kreise entspricht dem jeweilig eingesetzten Finanzvolumen in den Departementen.



b) Armut³⁶

Bemerkungen:

- Kategorie A = 0 - 1,2 USD PPP pro Kopf und pro Tag
- Kategorie B = 1,2 – 2,1 USD PPP pro Kopf und pro Tag
- Kategorie C = 2,1 – 3,8 USD PPP pro Kopf und pro Tag
- Kategorie D = 3,8 – 9,4 USD PPP pro Kopf und pro Tag
- Kategorie E = höher als 9,4 USD PPP pro Kopf und pro Tag

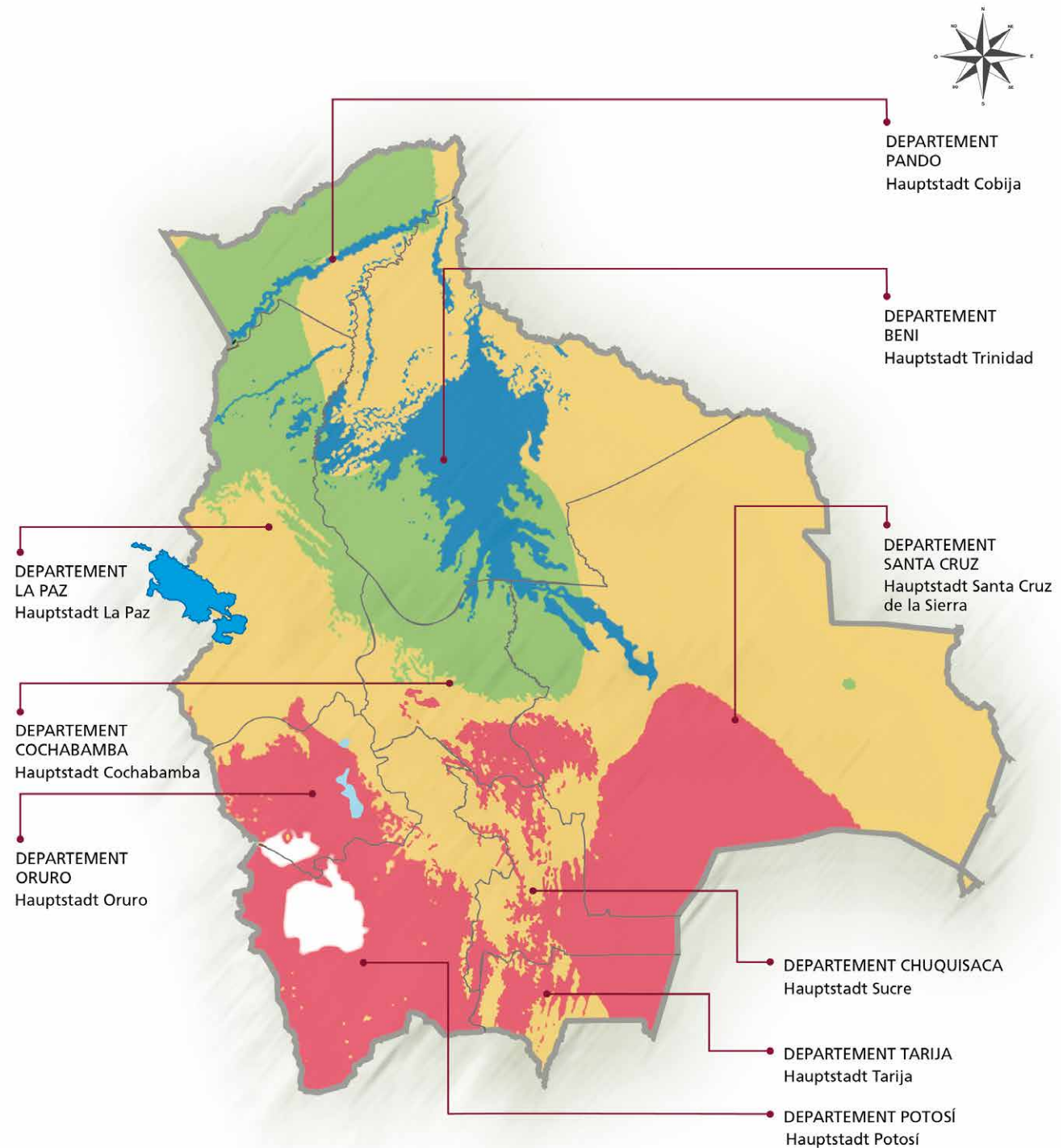


36 Quelle: Bolivianisches Ministerium für Planung und Entwicklung sowie eigene Umrechnungen.

c) Klimawandel und Risiken³⁷

Bemerkungen:

- Blau = Risiko von Überschwemmungen
- Grün = tiefes Risiko von Trockenheit
- Gelb = mittleres Risiko von Trockenheit
- Rot = hohes Risiko von Trockenheit



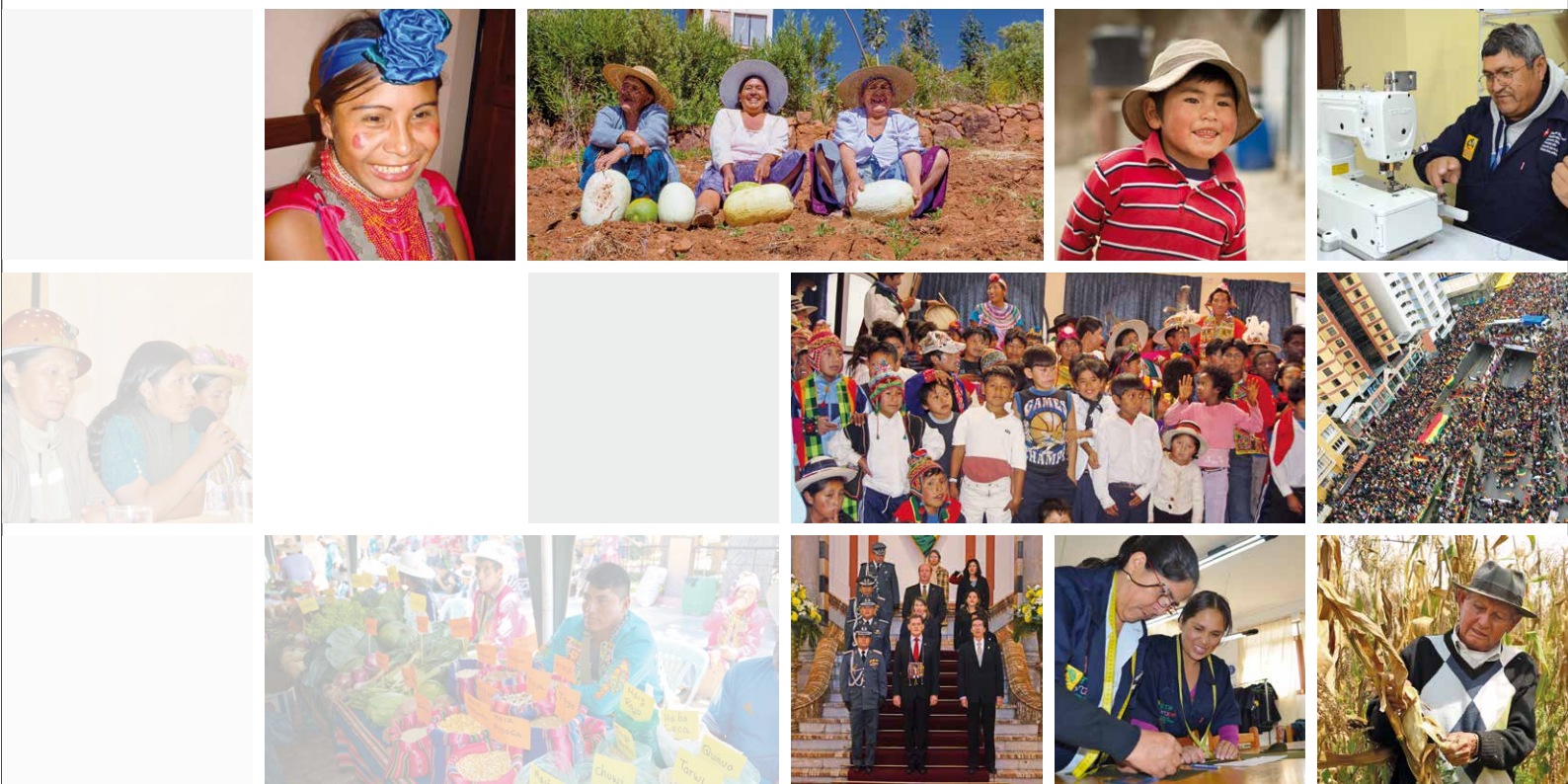
³⁷ Quelle: Bolivianisches Ministerium für Planung und Entwicklung.

Anhang 6

Abkürzungen

Abkürzungen, welche mehr als einmal Erwähnung finden:

ACC	Anpassung an den Klimawandel
ARI	Aggregierte Referenzindikatoren
BDP	Bank für Produktive Entwicklung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BOB	Boliviano (bolivianische Währung)
CA	Carnaval en Bolivia
CAF	Corporación Andina de Fomento (Andine Entwicklungsgesellschaft)
CHF	Schweizer Franken
CSPM	Konfliktsensitives Projekt-Management
DEZA	Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit
DRR	Reduktion der Katastrophenrisiken
EDA	Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten
EPS	Engagement mit dem Privatsektor
EU	Europäische Union
IDB	Interamerikanische Entwicklungsbank
IZA	Internationale Zusammenarbeit
MT	Metrische Tonnen
NGO	Nichtregierungsorganisation/en
PDES	Wirtschaftlicher und Sozialer Entwicklungsplan
PPP	Kaufkraftparität
SDG	Ziele für nachhaltige Entwicklung
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SPIE	Staatliches Planungssystem
UM	Umweltmanagement
UNO	Vereinte Nationen
USD	Amerikanischer Dollar



Calle 13, No. 455 Esq. Av. 14 de Septiembre, Obrajes
Casilla 4679, La Paz – Bolivia
Telefon +591 2 2751001
Fax +591 2 2140884
E-Mail: lapaz@eda.admin.ch

www.eda.admin.ch/lapaz

 Embajada de Suiza en Bolivia

 Cooperación Suiza en Bolivia